

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publicationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, I. r. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)

Hauptklassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, I. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. H. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pf., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pf., durch letztere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pf. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pf., Geschäftsanzeigen 50 Pf. die dreigesetzte Petition. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Verkauf kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Ulrich Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgelder zu senden sind. — Telephon: Nr. 4102.

Nr. 50. Auflage 71 000 Chemnitz, Freitag den 15. Dezember 1905. Auflage 71 000 17. Jahrgang.

Zu dringender Beachtung!

Wegen der bevorstehenden Feste müssen wir die Redaktion für die beiden folgenden Nummern (51 und 52) schon am Sonnabend vor dem Erscheinen derselben schließen, was man bei für diese Nummern bestimmten Einsendungen beachten möge.

Die Redaktion.

Um eine geregelte Beitrags-Bestellung zu erreichen, geben wir bekannt, daß heute die 50. Woche zu zählen ist.

Der Zentralvorstand.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Webern und Weberinnen, Gardinen- und Spitzenwebern in Döbeln bei Dresden (Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur, Allianz-Gesellschaft, Döbeln & Co. in Dresden und Ballenstein i. B.), Handelszahnföhndern in Alsch i. B., Posamentierern in Hamburg, Riel, Magdeburg, Leipzig, Zeugdruckern in Arefeld, von Melle und Stridern in Hohenkirchen bei Lunzenau (G. Lindemuth, Buchwebern und Weberei in Badenwalde (Lewin und Bernhardt) von Baumwollspinnern und Webern in Köln a. Rh., Webenwebern in Gräfen (Wienands & Kalle).

Waffenstreit-Bericht.

Man schreibt uns:

Es ist seit dem Jenaer Parteitag in einem großen Teil der Gewerkschaftsbücher die dort angenommene Resolution, betreffend den politischen Massenstreit, diskutiert worden, teils in Zustimmender, teils in ablehnender Weise. Letzteres ist manchmal in einer Form geschehen, daß man sich unwillkürlich fragt, ob man ein der modernen Arbeiterbewegung angehöriges Organ vor sich hat. Es ist meiner Ansicht nach Pflicht der Gewerkschaftspresse, gegen derartige Auswüchse Stellung zu nehmen um dadurch eventuellen Schäden, welche aus dem Stillschweigen dazu geogen werden können, die Spalte zu brechen. Im "Correspondent" wurde der letzte Jahresbericht des Deutschen Buchdrucker-Verbandes gegeben. Nachdem das Vermögen des Verbandes auf 5 990 000 M. angegeben worden ist, knüpft der Artikelschreiber unter der Suggestion der 8 Millionen daran folgende Betrachtungen:

Rechnen wir davon, rund 4 Millionen verfügbar für Streikunterstützung und folgten dann den strengen Haftstrafen Vorschriften der Generalstreilaufsteller à la Rosa Luxemburg, so wäre die ganze Herrlichkeit auch bald zu Ende — und das Hungern für die Überzeugung könnte seinen Anfang nehmen. Sind wir dann bei der Glens- oder richtiger der eisernen Theorie angelangt, dann, ja dann endlich läme die Besinnung, und das Sammeln von Fonds könnte unter den schwierigsten Umständen von neuem beginnen. Nach mehreren Jahren, wenn dann endlich wieder eine nennenswerte Summe beisammen wäre, könnten nochmals jene modernen Herroren erneut auftreten, die mit dem Massenstreit, der direkten Aktion oder sonst welchem modernen Aktionsmittel des Massen des Volkes wohl ein Brillantfeuerwerk von wenigen Tagen vornimmen könnten, im übrigen aber die wirtschaftlichen Bedürfnisse unbefriedigt ließen. Hier trifft das Goethesche Wort im "Faust" zu:

"Ich sag' es dir: ein Kerl, der spekuliert,

ist wie ein Tier auf därrer Heide,

von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt,

Und rings umher liegt schöne arme Weide."

Es ist vielleicht ein Unglück für den Artikelschreiber, daß er einer Gewerkschaft angehört, welche infolge ihrer Stärke und durch Abschluß von Tarifverträgen seit längerer Zeit von Streiks und Massenausprägungen verschont geblieben ist. Die Zuhaltung mit den Arbeitertreinen, überhaupt der Sinn für den Massenkampf, leuchtet ihm durch die geregelten Verhältnisse, in denen er lebt, verloren gegangen zu sein. Laut Worte er nicht so ironisch von dem "Hungern für die Überzeugung" reden. Zum Glück gibt es noch Menschen, die eigentlich für ihre Überzeugung hungrig werden, und das ist der Stolz der Arbeiterklasse, daß sie diese Möglichkeit noch nicht verloren hat. Der "Vorwärts" beweist dann richtig dazu:

"Die deutsche Gewerkschaftsbewegung fühlt sich stets als Mitte der geforderten Arbeiterbewegung, als Träger des proletarischen Klassenkampfes, bessere historische Aufgabe ist ihr die Lage der gegen den Arbeitgeber stehenden Klasse materiell zu geben, ihre politischen Rechte zu erweitern und schließlich die kapitalistische System überhaupt durch die sozialistische Gesellschaft zu erlegen."

Auf Grund ernster und langer Erwägungen hat der Parteitag die Resolution "Nein" angenommen, deren hauptsächlichster

doch es namentlich im Falle eines Anschlags auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignete erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Mittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren, oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.

Und das nennt der "Correspondent" strenghafte Lockungen der Generalstreilaufsteller und "Brillantfeuerwerk". Was wäre unsere ganze Gewerkschaftsbewegung ohne Koalitionsrecht, ohne Versammlungsfreiheit usw., und diese Rechte durch neue Kampfmittel zu erhalten und auszuführen, ist geradezu eine Pflicht der Arbeiterschaft, ganz gleich, ob man ihr "moderne Herostraten" oder andere verhöhnende Bezeichnungen an den Kopf wirft.

Wie übrigens ein derartiger Artikel angestellt der Massenausprägung in der Elektro-Industrie und neuerdings in Thüringen, bei denen insgesamt circa 80 000 Personen in Frage kämen, geschrieben werden konnte, ist ratschäßig, die richtige Meinung der deutschen Arbeiterschaft kann sich der Schreiber von den Arbeitern selbst hören. Lange genug war der Ruf nach neuen Kampfmitteln erkönnt; diesem Verlangen ist der Parteitag in durchaus befriedigender Weise nachgekommen. Mühten nicht gerade die Ereignisse in Rückblick durch ihre überwältigende Wucht den "Correspondent" zu lehren, daß die Arbeitermassen gewillt sind, nicht nur für ihre Überzeugung zu hungern, sondern selbst ihr Leben zu lassen? Gibt ihm nicht die Arbeiterschaft Österreichs durch ihre imposante, einzig dastehende, mit einem so großen Erfolg getriebene Demonstration einen Schlag ins Gesicht? Wer für derartige Erscheinungen kein Auge hat, der ist blind für die ganze Arbeiterbewegung, dessen Ansichten gleichen einem "Brillantfeuerwerk"; sie verpuffen nach kurzem Aufleuchten. Soll sich die Arbeiterschaft nur in Massen ausperren lassen und selbst keinen Massenstreitgedanken aufkommen lassen? Nein und tausendmal Nein! Wenn der Gedanke nirgends Recht kann finden, greift er getrost den Mutes in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte!

Wenn einzelnen vermögenden Gewerkschaften nur die Geldosten Schmerzen bereiten, so kann man wohl getrost erklären: wenn der Moment gekommen und die deutsche Arbeiterschaft gezwungen ist, zum Massenstreit zu greifen, dann wird sie auch auf die Gelder verzichten, sie wird für ihre Überzeugung zu hungern wissen, sie wird alle daraus entstehenden Konsequenzen selbst tragen. Sie wird sich in ihrem Gang durch nichts aufhalten lassen! Und wenn dann draußen der dumpfe Tritt der Arbeiterbataillone erkönnt, die für ihre Rechte und Freiheiten demonstrieren, dann können diejenigen, die jetzt die Arbeiterschaft ironisieren, in ihrem Räuberlein sitzen und die Millionen zählen. Wir Textilarbeiter haben nichts zu verlieren.

G. W.-Z.
Wir erlauben uns, dem Vorstehenden folgende Betrachtungen anzufügen:

Durch die Aufnahme des politischen Massenstreits in die Reihe der politischen Kampfmittel durch den Jenaer Parteitag ist für die Gewerkschaften die Frage einer drängenden gestellt, ob sie die Verpflichtung hätten, sich für einen politischen Massenstreit zu engagieren, indem sie ihren Mitgliedern antraten, an einer solchen Aktion teilzunehmen und ihnen eventuell aus der Kasse der Gewerkschaft für die Dauer des Streiks Unterstützung gewähren.

Zwar wurde in der angeogenen Resolution als Voraussetzung für ein gutes Gelingen eines eventuellen Massenstreits eine noch weitere numerische Stärkung der Gewerkschaften angenommen. Allein wie die politischen Dinge sich jetzt aufzuzeigen, ist kaum anzunehmen, daß ein Massenstreit solange auf sich warten lassen wird, bis die Gewerkschaften die gewünschte Entwicklung erlangt haben werden. Wenn nicht alle Anhänger trügen, will man in der Partei nicht darauf warten und bei den Massen dürfte einmal der Drang nach einer solchen Bewegung so spontan hervorbrechen, daß jede rechnerische Erwägung im entscheidenden Augenblick hinterang gesetzt und solche wahrcheinlich erst dann angestellt würde, wenn sie schon zwecklos geworden wäre.

Man wird also in jedem Fall gut tun, mit der Möglichkeit eines Massenstreits schon für die Zeit zu rechnen, wo die Gewerkschaften dem Höchststande ihrer Entwicklung nach sehr fern sind.

Es liegt nun im Interesse der Gewerkschaften, ihre Mitglieder zur Teilnahme an einem solchen aufzufordern bzw. sie während des Ausstandes zu unterstützen?

Es handelt sich hierbei, wohlgemerkt, um einen Streik, dessen

den könnten, die auch den wirtschaftlichen Zwecken der Gewerkschaften zu dienen lägen. Das dürfte aber bei jeder Forderung, die einem politischen Massenstreit zu Grunde liegen könnte, der Fall sein, denn alle werden darauf gerichtet sein, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die innere wie äußere Politik zu erhöhen und sie in den Stand zu setzen, mehr Einfluß auf die gesamte Gesetzgebung zu gewinnen.

Die Gewerkschaften könnten dabei nur gewinnen, niemals verlieren.

Demnach mühten sie unter allen Umständen dem politischen Massenstreit das Wort reden und eventuell für ihn Opfer bringen, ja große Opfer, wenn es sein mühte und nur irgendwelche Aussicht vorhanden wäre, daß der Massenstreit auch sein Ziel erreichen würde.

Aber selbst wenn daran nicht zu zweifeln wäre — und das Zweifel daran unter den gegenwärtigen Umständen berechtigt wären, wird wohl niemand in Abrede stellen wollen — mühten die Gewerkschaften immer noch erwägen, ob der eventuelle Gewinn der Opfer wert wäre, die der Kampf erfordert und die die Gewerkschaften auf längere Zeit für wirtschaftliche Kämpfe unfähig machen würden. Die Sozialdemokratie kann wohl die Position der Gewerkschaften im öffentlichen Leben bestmöglich helfen, sie kann aber deren Aktionskraft auf dem wirtschaftlichen Kampffeld nicht haben, auch wenn sie ihren ganzen politischen Einfluß für sie aufwendet; sie kann z. B. die rechtliche Stellung der Gewerkschaften festigen, aber deren innere Kraft zur erfolgreichen Führung wirtschaftlicher Kämpfe nicht heben, d. h. sie kann deren Kämpfer nicht starken. Daher doch nur wirtschaftliche Kämpfe geführt werden können.

Würden nun die Gewerkschaften ihre Kassen durch einen politischen Massenstreit dermaßen schwächen, daß sie zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe — und wären es auch nur Abwehrkämpfe — auf längere Zeit unsfähig würden, so würden sie damit ihren eigentlichen Zweck aufgeben oder wenigstens doch in den Hintergrund stellen und einen Nebenzweck zum Hauptzweck machen. Dieser Nebenzweck würde aber für die Gewerkschaften zum Hauptzweck werden, wenn z. B. durch den Erfolg oder Nichterfolg eines politischen Massenstreits über Sein oder Nichtsein der Gewerkschaften entschieden werden mühte, wenn z. B. die Regierung eine Erdrosselung der Gewerkschaften plant, wogegen die Sozialdemokratie den politischen Massenstreit proklamierte. Für einen Streik mit einem solchen Ziel mühten die Gewerkschaften in ihrem eigenen Interesse mit ganzer Kraft eintreten und dürfen kein Opfer scheuen, weil anderfalls mit ihnen selbst ihre wirtschaftliche Macht schwäche.

In allen anderen Fällen mühten die Gewerkschaften um ihres Hauptzweckes, der Führung wirtschaftlicher Kämpfe, willen, bei politischen Massenstreits haushälterisch verfahren.

Das schließt aber keineswegs aus, daß sie ihre Mitglieder ermuntern können, an einem politischen Massenstreit teilzunehmen. Ja, da die Befreiungen, die mit einem politischen Massenstreit verfolgt werden könnten, ja indirekt immer den Befreiungen der Gewerkschaften zu gute kommen, müssen sie das sogar tun. Damit verpflichten sie sich aber keineswegs zur Unterstützung ihrer Mitglieder, wenigstens nicht in einem Maße, die sie für wirtschaftliche Kämpfe auf längere Zeit hinaus unsfähig machen würden. Dagegen mühten sogar die Mitglieder selber entschieden protestieren, wenn sie nicht wollen, daß die wirtschaftliche Vereinigung ihren wirtschaftlichen Zweck aufzugeben soll. Und das können sie nicht wollen, weil sie die Beiträge von Zeit zu Zeit erhöht haben, um wirtschaftliche Kampfunds zu schaffen, nicht politische, die ja in den Parteorganisationen gesammelt werden aber doch gesammelt werden sollten. Wenn schon bei politischen Massenstreits Unterstützung bezahlt werden sollte, so könnte man dieselbe noch eher von den politischen als von den wirtschaftlichen Organisationen erwarten.

Wir sind aber der Meinung, daß bei politischen Massenstreits Unterstützung überhaupt nicht gezahlt zu werden braucht. Denn wochenlang kann ein solcher Streik doch nicht dauern, weil sonst die Ausländer auch bei der höchsten Unterstützung, die gezahlt werden könnte, infolge enormer Steigerung der Preise für die notwendigsten Bedarfssorten doch nachgeben mühten und der Streik verloren wäre. Bei jedem Massenstreit, der den Namen verdient, würden also entweder die Herrschenden oder die Streitenden bezahlen nachgeben müssen. Andernfalls langt dasselbe auf einen Punkt an, wo die menschliche Natur ihm Einhalt gebietet. Allzwecke Zeit wird aber jede auch ohne Unterstützung aushalten bei einer Aktion, die ja — haupt nur vom Idealismus ausgetragen werden kann. Und wo der Idealismus so ausgeprägt ist, wie man wenig oder garnicht nach Unterstützung fragen, umso weniger, als man in dieser Stimmung natürlich an seinen halbigen Sieg glaubt, der nicht ausblieben wird, wenn die Kundgebung einen aufführungsfähigen Umfang annimmt. Im anderen Fall würde auch die höchste Unterstützung der Ausländer durch Sieg nicht herbeiführen.

Die Redaktion.

Wie Unternehmer Wort halten

zeigt sich jetzt wieder in dem sächsisch-thüringischen Textilbezirke, wo sich von neuem schwere Differenzen paupeln herauszubilden beginnen. Während die Fabrikantenpreise eben noch dabei in die Schnupftippen wegzusegen, die der brutale Gewaltakt der Fabrikanten gegen die Arbeiter vor den Fabriktooren hinterlassen hat, vollziehen sich in den Fabriktooren Dinge, die eher aus alles andere als aus einer Freiheit spricht bei den Fabrikanten sichlich lassen. Am Ende des Lohnlampes ist den Arbeitern hoch und teuer ersprochen worden (die Vereinbarung liegt sogar schriftlich vor), daß Mässregelungen aus Anlaß des Lohnlampes nicht stattfinden sollen. In Wahrheit liegt noch eine große Angst besonders von Färberarbeitern auf der Straße, während in den Fabriken neue Arbeitskräfte eingestellt werden! Das soll eine — natürliche Folge der Aussperrung sein, wie die Fabrikantenpreise zu behaupten sich erdreistet. Warum aber da erst das Versprechen, daß keine Maßregelungen stattfinden sollen? —

Der neue Lohntarif, um den sich der Kampf drehte, erweist sich mit jedem Tage mehr als das, worfür ihn die Arbeiter hielten: als der reine Wechselbalg! Beim Ausprobieren zeigt sich, daß es sich faktisch um eine Lohnregelung an Kosten der Arbeiter handelt. Von den so viel geprägten „Zulagen“ merken die Arbeiter nichts, wohl aber von Lohnreduktionen. Und wenn die Arbeiter dagegen vorstellig werden, wie das in den letzten Tagen so häufig der Fall war, dann wird gesagt — es sei ein „Tertium“ unterlaufen. Die Differenzen wird nachgezählt — aber nicht als Lohn, sondern als „Vergütung“, — damit sie bei der nächsten Gelegenheit verschwinden kann und die Arbeiter haben das Nachsehen!

In § 12 der „Allgemeinen Bestimmungen“ des neuen Lohntarifes heißt es, daß die bisher gezahlten „höheren Löhne weiter gezahlt“ werden sollen. Sie werden aber nicht weiter gezahlt, sondern die vorstehend erwähnten Lohnreduktionen sind auch hier eingetreten und man sucht auch hier die Differenz mit einem „Tertium“ zu entschuldigen.

Vor Beendigung des Lohnlampes hat Fabrikant Boehmeck aus Glashau wiederholt vermittelnd eingegriffen und erklärt: Wenn die Voraer Fabrikanten ihr Wort nicht halten, dann wolle er die Differenzen aus der eigenen Tasche ausgleichen. Wenn Herr Boehmeck Wort halten will, dann muß er über einen riesengroßen Geldsack verfügen.

Die Fabrikanten hoffen noch immer, daß die Arbeiter einig werden und dem Verbande den Rücken kehren. Das Gegenteil ist zu konstatieren! Wenn sich zwei Mitglieder vom Verbande abmelden, haben sich mindestens zehn schon wieder neu angemeldet! Und der Kampf ist nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben. Er kann bald genug von neuem beginnen. Die Arbeiter sind durch den brutalen Gewaltakt der Unternehmer einig geworden!

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.

Die Frau gehört in die Häuslichkeit, an den Herd! So donnert der ehreame Bürgermann, der nichts sieht und doch alles versteht will, wenn von den Bestrebungen der Frauen nach Gleichberechtigung die Rede ist. Mögen sich dieselben um ihre Kopftücher kümmern und nicht um Politik!, räsoniert er, wenn Frauen sich erdreisten, Versammlungen zu besuchen. Wir wollen nicht annehmen, daß in Bobberich die Frauen deshalb nicht gern von der Polizeibehörde in Versammlungen gefeiert werden, weil ihnen die politischen Rechte speziell das Verhandlungsrrecht, missfahren, sondern trotz glauben gern, daß die dortige Polizeibehörde aus innerster Überzeugung, im Bewußtsein ihrer Verantwortung die öffentliche Versammlung am 29. November auslöse, in der Frau Kähler aus Dresden zu den Textilarbeitern und Arbeiterinnen über „Unternehmerorganisation und Arbeiterorganisation“ sprechen sollte.

Der Gang der Tragödie war folgender: Gauleiter Reimes meldete bei der Polizeibehörde in Bobberich eine öffentliche Versammlung für den 29. November an. Am 27. November erhielt er darauf folgendes Bescheid: „Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß § 8 Abs. 4 des Vereinsgesetzes die Teilnahme von Frauenspersonen an Versammlungen politischer Vereine, zu denen der Zentralverband Deutscher Textilarbeiter gerechnet werden muß, untersagt werden muß und Sie sich bei Rücksichtnahme dieser Bestimmung eventuell einer polizeilichen Auslösung der Versammlung auslegen. Ich gebe Ihnen anheim, eine ernste Anmeldung der Versammlung ohne Teilnahme von Frauenspersonen zu bewirken.“ Heckmann, Bürgermeister.

Ein hartgesottener Sünder ist aber so leicht nicht von dem abzubringen, was er für sein Recht ansieht, und so hielt Reimes die Versammlung ab und ließ auch die Frauen ins Lot. Trotz Aufforderung des Polizeibeamten versteifte er sich auf sein Recht, wußte die Frauen nicht aus, und die Versammlung wird aufgelöst. Darauf meldet Reimes für den 5. Dezember und dasselbe Lotal eine Volksversammlung an, wo Frau Kähler über das Thema: „Die Frau als Lohnstafan, als Hausfrau und Mutter“ referieren sollte.

Auf die Anmeldebehauptung zu dieser Versammlung schreibt die Behörde nun folgenden Passus:

„Als politische Sachen besprochen werden sollten, ist die Teilnahme von Frauen ausgeklammert.“

Wegen der Auflösung der Versammlung am 29. November erhob Reimes beim Landrat in Kempen Beschwerde; ebenso wegen der in Aussicht gestellten Nichtzulassung von Frauen. Darauf erhält er folgendes Schriftstück:

Die Beschwerde vom 29. November 1905 wegen polizeilicher Aufsichtsung der Versammlung am 29. November und Ihre Beschwerde vom 2. Dezember 1905 wegen der Verweigerung der Teilnahme von Frauen an einer auf den 5. Dezember 1905 in Bobberich einberufenen Versammlung muß ich als unbedrängt zurückweisen. Die von Ihnen am 29. November in Bobberich abgehaltene und wegen der Teilnahme von Frauen polizeilich ausgelöste Versammlung, sowie die auf den 5. Dezember einberufene und von der Polizeibehörde auf Männer beschränkte Versammlung kann nicht als eine öffentliche Volksversammlung im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes angesehen werden. Diese Versammlungen müssen vielmehr als Versammlungen eines Vereins gelten, der bezw. politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. [§ 8 des Vereinsgesetzes.] Sie sind Geschäftsführer des Vereins Deutscher Textilarbeiter (linksruhiger Gau); dieser Verband ist zweitelles ein politischer Verein. Die in Bobberich am 29. November abgehaltene und auf den 5. Dezember von Ihnen einberufenen Versammlung war aber, wie aus den Umständen angenommen werden muß, eine Versammlung dieses politischen Vereins, wenn auch Nichtmitglieder daran teilgenommen haben bzw. daran teilnehmen könnten. Straß.“

Selbstverständlich wurde die Versammlung abgehalten. Reimes legte den Anwesenden die Gründe dar, welche ihn veranlaßten, trotz der Auforderung des Beamten, die Frauen auszuweisen, die diesen im Lotal zu besetzen. Und da der Beamte sah, daß hier kein Zureden und auch kein Befehlen half, löste er wiederum auf.

Wegen des Befehlens vom Landrat in Kempen ist Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingereicht worden. In Deutschland sind neben den Arbeitern mehr wie 15.000 Textilarbeiter im Textilarbeiterverband organisiert. Der Verband versucht statutarisch nur wirtschaftliche Bestrebungen. Das Statut ist der Polizeibehörde dort, wo der Verband seinen Sitz hat, eingerichtet worden. Seit 1898 sind organisierte Textilarbeiter in Bobberich, sie halten unter polizeilicher Überwachung Versammlungen ab, die Tendenz des Verbands ist der Polizeibehörde bekannt. Jetzt mit einem Male ist der Verband ein-

politischer Verein und sogar die öffentliche Volksversammlung ist eine politische Vereinsversammlung, weil Reimes, der Anmelder dieser Versammlung, Beamter des Textilarbeiterverbandes ist.

Mit der Übernahme seines Postens hat Reimes sich also nach landrätslicher Dedikation in gewissem Sinne aller Staatsbürgerschaftlichen Rechte begeben; er kann keine Versammlung mehr einberufen, ohne daß diese zu einer Vereinsversammlung des Textilarbeiterverbandes gestempelt wird. Die Behörde macht es sich wirtschaftlich furchtbar zu machen. Wir wollen ihr nur noch verraten, daß Reimes auch noch Mitglied der katholischen Landeskirche ist, und so könnte sie in denselben Gedanken sprunge ebenso geistreich annehmen, er handle sich bei den von ihm angemeldeten Versammlungen um Veranstaltungen religiöser Natur. Die Polizeibehörde in Bobberich, und der Landrat erst recht, müßten wissen, daß Frauen selbst an politischen Versammlungen teilnehmen dürfen, falls sie sich in einem abgegrenzten Raum, dem Segment, anhalten. Von vornherein kann also selbst die Polizeibehörde in Bobberich nicht die Anwesenheit von Frauen in politischen Versammlungen verbieten, und in öffentlichen Volksversammlungen steht ihr überhaupt kein Recht zu, unter den Geschlechtern eine Wahl vorzunehmen.

Erfolg hat die zweimalige Versammlungsauslösung ja insofern gehabt, als sie den Arbeitern zeigte, wie wenig ihre Ansichten über Vereinsrecht und Versammlungsfreiheit mit denen der Aufsichtsbehörde übereinstimmen. Für die Arbeiterbewegung wirkt solche Beschränkung immer beeinträchtigend, und so hat die Maßnahme der Behörde für den Verband und die Frauenbewegung recht gute Erfolge gezeitigt. Der Erfolg unserer Beschwerde und der später folgenden Schadensersatzklage wird diese für uns recht erfreuliche Wirkung noch steigern.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Aachen. Sonderbare „Agitatoren“ der „Christlichen“! Kam da am Sonntag den 3. Dezember ein Weber im Alter von 30 Jahren auf unser Verbandsbüro und erzählte freudestrahlend, daß es ihm endlich gelungen sei, die Erlaubnis seiner Frau zu erhalten, dem Christlichen Verband den Rücken zu lehnen und zu uns überzutreten. Schon im vorigen Jahre sei er selbst davon überzeugt gewesen, daß die christlichen Führer die Mitglieder zum Märzen hielten, aber um des lieben Friedens mit seiner Frau willen habe er so lange seinen Ubertritt verzögert. Aber mancher gute Mann denkt und seine beste Ehehälfe lernt! Am 6. Dezember erschien die Frau selbst im Bureau und verlangte in freiem Tone das christliche Mitgliedsbuch ihres Mannes zurück, widrigstens sie zum Polizeikommissar gehen wollte. Es wurde ihr jedoch deutlich, daß nur ihr Mann, der seinen Ubertritt bewerkstelligt habe, sein Buch auf Verlangen zurückhalte. Wulfschaubend erklärte hierauf die Vertreterin des zarten Geschlechts: „Na, dann werde ich meinen Mann gleich nach Feierabend hierher begleiten.“ Und richtig, gleich nach 7 Uhr erschien das Ehepaar, sie siegesbewußt, er, seiner traurigen Lage eingedenkt, stiefelblau. Letzter erklärte nur: „Wenn ich auch, um Ruhe vor meiner ‚sanften‘ Taube zu haben, vom Ubertritt zurücktrete, in den ‚Christlichen‘ Verband kriege mich doch kein Pferd mehr.“ Hierauf die Vertreterin des „schwachen“ Geschlechts: „Na, das wollen wir einmal abwarten, da habe ich auch noch ein Wort mitzureden.“ Und sie verließ unter „lebenswürdigem“ Schimpfen das Büro. Nun war aber der Ubertritt schon im Buch folgendermaßen vermerkt: „Am 3. Dezember übergetreten zum Deutschen Verband.“ Wahrheitsgemäß wurde nun darüber eingetragen: „Am 6. Dezember aus Angst vor seiner Frau seinen Ubertritt zurückgenommen.“ Was war nun die Ursache der Gesinnungsänderung der guten Frau? Wie uns von glaubwürdiger Seite berichtet worden, hatte der Sammler des „christlichen“ Verbandes nachdem er Wochenlang vorgeblich verschüttet hatte, dem Manne die „Schlechtheit“ der freien Gewerkschaften einzupausen, in Abwesenheit des Gatten die Frau aufgesucht und beiden schon die „Hölle und alles, was daran herumhängt“ zugesichert, wenn ersterer seinen Beschluß ausfüllen würde. Wenn wir vorstehendes betrachten, können wir uns gar nicht mehr wundern, wenn ein großer Teil der „christlichen“ Mitglieder ihren Arbeitstollen gegenüber in drastischer Weise ihre eigenen Führer beurteilen, anderseits aber nicht den Mut haben, ihre Konsequenzen zu ziehen. Gegen die „rejolute“ Agitatoren ist doch der für die „christlichen“ Gewerkschaften agitierende Herr vom heiligen Bincenzverein ein wahrer Waisenhaber!

J. F.
Göppingen. Sonntag den 3. Dezember fand in der Bierhalle

zu den drei Königen die jährliche Generalversammlung statt. Vor vornherein sei bemerkt, daß die Versammlung im Verhältnis zu der überaus wichtigen Tagesordnung sehr schlecht besucht war. Das ist nur daraus zurückzuführen, daß manche Kollegen Angst haben, ein Amt zu bekommen, andere glauben, wenn sie ihren Wochenbeitrag bezahlt haben, genug getan zu haben! Über solche Trägheit und Feigheit sollte man in Göppingen gar nicht mehr zu schreiben brauchen; ein jedes Mitglied sollte wissen, daß es die Generalversammlung zu besuchen hat, ob es einen Posten annehmen will oder nicht. Die Tagesordnung lautet: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Tätigkeits- und Räthenbericht. 3. Neuwahlen. 4. Verschiedenes. Nachdem über den ersten Punkt durch Annahme zweier Kollegen hinweggegangen war, gab der Vorsitzende Brüssel den Rechenschaftsbericht. Er führte in kurzen Zügen aus, mit welcher Ausdauer gearbeitet wurde, bis der fast zehn Monate dauernde Lohnkampf auf friedlichem Wege zu Ende geführt war, und wir jetzt in sechs Betrieben einen einheitlichen Lohntarif haben; ferner daß in noch verschiedenen anderen Betrieben solche Wünsche ausgesprochen wurden, zum Teil mit und ohne Erfolg. In einem dieser Betriebe wurde die Arbeitszeit auf zehn Stunden mit etwas Lohnverhöhung festgesetzt, auch wurden noch Mitgliände in den Betrieben der umliegenden Ortschaften Göppingsens befriedigt. Unschließlich hieran verlas der Kassierer Reppele den ebenso interessanten Kassenbericht, aus dem zu erschen war, daß die Gelehrteinnahme die des Vorjahrs um mehr als das Doppelte überstieg. In der Diskussion brachten die Kollegen ihre Freude zum Ausdruck für die viele Mühe, die sich der Ausschuß gab, der sich nicht zurückzureden ließ, um die Pflicht des Verbandes zu erfüllen. Zu Delegierten der in Straßburg stattfindenden Konferenz wurden die Kollegen Reppele und Brüssel gewählt. Die Neuwahl des Gesamtausschusses rief eine längere Debatte hervor, weil verschiedene Kollegen die Annahme eines solchen Postens ablehnten. Als Vorsitzender wurde Ferdinand Höschka, als Kassierer Ludwig Reppele, als Schriftführer Julius Frey gewählt; Beisitzer sind: Wambrunn, Gerthner, Müller und Hohlbaum, Revisoren: Brüssel, Lump und Ulmer.

Kiel. Endlich hat nun auch die Firma Grabow u. Matthes den ihr zugestellten Lohntarif anerkannt, mit der Ausnahme, daß bei ihr die 14-tägige Kündigung bestehen bleibt, während bei der Firma Heinrich Möller u. Sohn ohne Kündigung gearbeitet wird. Herr Möller war ja nicht gekommen, den Tarif anzuerkennen, wenn nicht ohne Kündigung gearbeitet würde. Wenn er 22 M. Minimallohn zahlen sollte, dann wollte er die Leute, welche nicht tüchtig im Fach waren, auch keine 14 Tage beschäftigen, sondern dieselben gleich wieder aus Pfister legen. Herr Möller jun., welcher lange dem Textilarbeiterverband angehört und sogar in Düsseldorf Schriftführer im Verbande war, scheint während dieser Zeit studiert zu haben, wie man die Arbeiter am besten bezeugen kann. Auf seine Veranlassung hin wurde die 9-stündige Arbeitszeit vom Tarif getrennt. Bei der Firma Möller hat sich schon mehrere Perspektiviert, und der Stoff steigt immer höher. Wenn die jungen Herren erst mal das Ruder dort ganz in Händen haben, dann wird man dort noch manches erleben können. Da sage mir noch jemand: Wie die

Alten jungen, so zwitschern auch die Jungen! In letzter Zeit scheint die Firma nun die Sonntagsarbeit einführen zu wollen. Die Gewerbeinspektion hat davon natürlich noch nichts bemerkt. Sie kommt mittwoch in der Woche und fragt die Mädchen, wie lange sie Samstags arbeiten. Diese sagen aus Angst natürlich bis 5½ Uhr, und die Inspektion geht bestiedigt nach Hause.

B. A.

Börrbach. Unsere Generalversammlung fand Sonntag den 3. Dezember in der „Palme“ statt. Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der jetzige Mitgliederstand 166 ist, gegen 65 im letzten Jahre. Öffentliche Versammlungen fanden drei statt, ferner 10 Fabrikversammlungen, 11 Mitgliederversammlungen und 16 Vorstandssitzungen. Die Vorstandswahlen ergaben keine wesentlichen Veränderungen. Als erster Vorsitzender wurde wieder Jos. Schmidt gewählt, ebenso Karl Dreher als Kassierer und Hermann Witz als Schriftführer. Delegierte zur Kantonskonferenz in Straßburg ist Jos. Schmidt. In Anbetracht der weiten Ausdehnung des Gau-Südwestschland und der damit verbundenen Arbeitsüberhäufung des Gauleiters wurde der Delegierte beauftragt, dafür zu wirken, daß der Gau getreut wird. Zum Schlusse gab der Vorsitzende den Mitgliedern die Mahnung mit, stets eifrig für den Verband zu agitieren, denn man gehe ernsten Zeiten entgegen. Nur eine geschlossene Macht könnte der Profitier der Unternehmer einzermachen können.

Bückenwalde. Als die Ludenwalder organisierten Textilarbeiter anlässlich der Zehnthalbmonatsbewegung am Anfang dieses Jahres unter anderem beschlossen, in allen Betrieben Fabrikausschüsse zu errichten, da wurde von manchem Pessimisten prophezeiht, daß dieselben bald wieder von der Bildfläche verschwinden würden. Niemand glaubte, daß durch die Ausschüsse nennenswerte Erfolge erzielt würden. Und gewiß wäre die Prophezeitung der schwarzehenden Kollegen in Erfüllung gegangen, würde sich die Organisation nicht um die Ausschüsse gekümmt haben. Die Gründung der Ausschüsse welche hier aus bestimmten Gründen nicht beschrieben werden kann, ist darin, daß die Verbandsleitung zu jeder Zeit von allen Vorgängen in fast allen Betrieben unterrichtet ist. Während früher unter dem Vertrauensmännerystem nur der einzelne wußte, an wen er sich zu wenden hatte, wenn ihm von Seiten der Fabrikleitung oder des Meisters Unrecht geschah, so wissen jetzt alle im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, wohin sie sich zu wenden haben. Viel Mißstände von großer Tragweite sind seit Gründung der Ausschüsse beseitigt worden. Unschöne finanzielle Erfolge wurden oft dabei erzielt. Geplante Lohnreduzierungen einzelner Stationen wurden mit Hilfe des Ausschusses zurückgewiesen. Wir erinnern nur an die Einführung eines verschlechterten Lohntarifs für die Ausländerinnen einer bisjetzt großen Tuchfabrik; derselbe wurde durch das Verhandeln des Arbeiterausschusses zwischen den von der Firma wieder zurückgewonnen, doch will leichter später mit einem verbesserten, als den jetzt angebotenen Lohntarif, wiederhergestellt werden. Die betreffenden Arbeiterinnen mögen also auf dem Posten sein und sich alle der Organisation anschließen, soweit es noch nicht geschehen ist. Wir werden später über diesen Fall eingehender berichten. Natürlich versuchen auch einige Unternehmer, diese Einrichtung in ihren Betrieben illusorisch zu machen, indem sie ganz einfach mit dem Ausschuß nicht unterhandeln oder gar Mitglieder desselben aufs Pfaster legen; aber durch die Macht der Organisation werden sie ohnehin gezwungen, den Ausschuß anzuerkennen. Jedoch auch die Arbeiter haben diese Einrichtung gelernt. Jeder im wirtschaftlichen Kampf stehende wird wissen, daß dort, wo dem Unternehmerin Vorteile abgerungen werden sind, dieses auch seine Opfer verlangt. Auf diese oder jene Weise wird dann der oder jener oft von gewisser Seite zu Unrecht denunziert, auf Straßenschilder gesetzt; sofort melden sich oft zwei oder drei Kollegen, um an seine Stelle zu treten, und so sehen die Unternehmer, daß ihnen die Maßnahme gar nichts genutzt hat. Ja, sie wissen jetzt ganz genau, daß sie wenn sie einen Arbeiter hinauswerfen, oft einen zweimal energischeren wieder hinzubekommen. Einzelne Unternehmer unterhandeln jetzt mit ihrem Ausschuß in der anständigsten Weise, ja sie kommen sogar zu demselben, wenn ihnen etwas an den Arbeitern nicht paßt, und verlangen Abhilfe, die natürlich, wenn das Verlangen berechtigt ist, gewahrt wird. So bedeutend in materieller Hinsicht die durch die Arbeiterausschüsse gemachten Fortschritte sind, so bedeutend ist auch der Fortschritt, den die Organisation durch die Ausschüsse gemacht hat: nicht nur, daß der Mitgliederstand sich von 66 auf 100 erhöht hat (am Ort sind circa 2500 Textilarbeiter, besonders Arbeiterinnen, beschäftigt), sondern auch qualitativ ist ein bedeutender Schritt nach vorwärts zu verzeichnen. Ein großer Teil Arbeiter, vor allem Arbeiterinnen, werden in die gewerbstätlichen Arbeiten eingewieht. Sie sehen, wie durch den gegenseitigen Austausch Mißstände aufgedeckt und abgeschafft werden; sie werden gegenseitig von den Löhnen der einzelnen Arbeiterkategorien unterrichtet usw., was immer wieder anregendes Gefühl auf die Belegschaften der einzelnen Betriebe hat und dieselben selbst ohne alle Anregung unsererseits vorwärts treibt. Wenn man nun das Fazit zieht, so muß man sagen: die Arbeiterausschüsse können für die Arbeiter nützliche Institutionen werden, wenn sie richtig ausgebaut werden und die Arbeiter es vor allem mit ihnen ernst meinen.

Neustadt (O.-Schl.). Kollegen und Kolleginnen! Unsere monatlichen Zusammenkünfte sind nun schon wiederholt so schwach besucht gewesen, daß es sich wirklich nicht verlohnt, in die für unsere Verhältnisse so überaus notwendigen Beratungen einzutreten, so daß auch in der am letzten Sonnabend abgehaltenen Zusammenkunft nur die Gründung einer Christbauhütterlösung für die Kinder unserer Mitglieder in Anregung gebracht werden konnte. Bei solcher Interesselosigkeit für die Hebung eurer Organisation habt ihr dann auch kein Recht, Maßnahmen zu trüillieren, die euch nicht genehm sind. Sorgt deshalb dafür, daß es in Zukunft besser werde und jeder auf dem Posten sei!

Plauen II. Am Sonnabend den 9. Dezember fand im „Schillergarten“ unsere Generalversammlung, die legte in diesem Jahre. Vom Vorsitzenden wurde der Wunsch geäußert, daß die in Bergen und umliegenden Ortschaften bis jetzt bestehende Agitation auch von dem heute neu zu wählenden Vorstande fortgesetzt werde. Nach dem vom Kollegen Pöhlmann erarbeiteten Karteilbericht ist das Begehrung im Gewerbehaus vor der Kreishauptmannschaft wieder abhängig beschlossen worden. Das Karteil bestößt in dieser Angelegenheit den Instanzenweg weiter zu verfolgen. Ebenso wurde die Eingabe an den Stadtrat, in welcher dagegen protestiert wurde, daß Gewerbericht Mette zugleich Geschäftsführer des Fabrikantenvereins III. abtötig beschlossen. Es steht so heftig es in der Antwort, diesem Herrn auf Widerruf gestaltet worden, einen derartigen Posten zu besetzen. Für den 13. und 14. Februar nächsten Jahres hat das Karteil zu wissenschaftlichen Experimenten vortragen ein. Darauf gäbe der Schriftführer den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Versammlungen wurden abgehalten: 10 große öffentliche, 18 öffentliche, 9 öffentliche Tagungsversammlungen, 8 öffentliche, in welchen mehrere Fabrikbetriebe zusammengezogen waren, 12 Monate sowie eine Extraallgemeinversammlung, 26 Vorstandssitzungen, darunter 6 kombinierte. Bis zum 2. Dezember hatten wir einen Mitgliederzuwachs von 220 männlichen und 15 weiblichen Personen zu verzeichnen. Der Stand war am 2. Dezember 405 männliche und 16 weibliche Mitglieder. Es wurde nun zur Wahl geschult. Die Kollegen Schmidt, M. Müller, Jacob, Pöhlmann wurden, wobei die Kollegen Müller, Jacob und Petermann neu gewählt. Zur Karteiledelegierten wurden die Kollegen Pöhlmann und Wolff gewählt. Unter Verschwiegenheit wurde darüber gesagt, daß viele Vorstandsräume ungewohnt leer standen abends 10/11 und nach längerer Zeit keine Seitenzeit. Sogar Sonntags wird in vielen Betrieben gearbeitet. Hat die Gewerbeinspektion, hat die Polizei davon keine Ahnung? Auch wurde vorige Tage gegen die Firma Möller gestritten. Die Kollegen Schmidt, M. Müller, Jacob, Pöhlmann wurden, wobei die Kollegen Müller, Jacob und Petermann neu gewählt. Zur Karteiledelegierten wurden die Kollegen Pöhlmann und Wolff gewählt. Unter Verschwiegenheit wurde darüber gesagt, daß viele Vorstandsräume ungewohnt leer standen abends 10/11 und nach längerer Zeit keine Seitenzeit. Sogar Sonntags wird in vielen Betrieben gearbeitet. Hat die Gewerbeinspektion, hat die Polizei davon keine Ahnung? Auch wurde vorige Tage gegen die Firma Möller gestritten. Die Kollegen Schmidt, M. Müller, Jacob, Pöhlmann wurden, wobei die Kollegen Müller, Jacob und Petermann neu gewählt. Zur Karteiledelegierten wurden die Kollegen Pöhlmann und Wolff gewählt. Unter Verschwiegenheit wurde darüber

Da vor Monath die Bächer eingezogen werden, wurde aufgefordert, die selben bereits jetzt in Ordnung zu bringen und bereit zu halten. Das Amtshaus des verstorbenen Kollegen Dornius wurde durch Erhebung von den Bürgern geachtet.

Zeilendorf. In der am 3. Dezember abgehaltenen Beprechung gab zunächst der Bevollmächtigte den Bericht vom 3. Quartal. Bei dieser Gelegenheit wurde gleichzeitig die Entschädigung unseres Bevollmächtigten besprochen, und allgemein erkannt, daß selbst etwas niedrig ist. Es wurde beschlossen, bei verschiedenen Nachbarstellen anzufragen, was dort bezahlt wird, dementsprechend soll unser Bevollmächtigter auch entschädigt werden für seine Wahrnehmung vom 1. Januar 1906 ab. Nachdem noch der sofortige Abbruch des Kampfes im hiesigen Bezirk einer scharfen Beipredigt unterzogen wurde, ebenso die Neuerzung hierzu in der "Neujahrsschrift" wurde noch beschlossen, die nächste Bezeichnung am 17. Dezember und zwar wiederum in der "Erziehung" abzuhalten. Es ist notwendig, daß die Kollegen sich volljährig einfinden; es finden Wahlen statt und können mit acht, neun Mann nicht vorgenommen werden.

Posamentierer-Bewegung.

München. Es ist nachgerade endlich einmal Zeit, daß die auswärtigen Kollegen auch über die hiesigen Verhältnisse in der Posamentiererbraude in Kenntnis gesetzt werden. Am Samstag den 2. Dezember fand im Gathaus zum "Gambinus" eine Versammlung der Posamentierer Münchens statt, in der Gauleiter Kollege Brügelmann über das Thema: "Die erfolgreiche Lohnbewegung der Posamentierer Deutschlands" referierte. In übersichtlicher Weise ging Redner die einzelnen Tarife, welche bereits von den auswärtigen Kollegen errungen wurden, durch, und zeigte durch Schilderung der einzelnen Lohnbewegungen, daß nur auf dem Boden der Organisation eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgen könne. In der Diskussion wurden von mehreren Rednern die hiesigen Verhältnisse einer scharfen Kritik unterworfen. Der Durchschnittslohn beträgt hier 22 M., eine für Münchens Lebensverhältnisse, welches seinen Ruf als billige Stadt längst eingebüßt hat, unzureichende Entlohnung. Die Arbeitslosen sind größtenteils dunkle, windige Räume, welche auf eben solche Höfe gehen. Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden, mit Ausnahme der größten Werkstätte, in welcher dieselbe noch 10 Stunden beträgt. Im gleichen Betrieb ist auch das Überstundenlohn noch stark im Schwung, natürlich ohne Zuschlag. Es wäre auch unabsehbar, nach 10 Stunden Arbeit für die 11. und 12. Stunde ein paar Pfennige mehr zu nehmen. Die Behandlung ist in vielen Fällen in den meisten Geschäften, selbst für den Münchner Maßstab, eine grobe und rücksichtslose zu nennen. Schuld an diesen Zuständen sind die Kollegen selbst, welche, durch Uneinigkeit und Missbrauen getrennt, sich bis jetzt noch zu keiner einheitlichen Aktion auffassen konnten. Wenn der eine oder andre sich eine bessere Position errungen hat, so freut er sich wie ein Schneekönig, ohne es sich im geringsten einzufallen zu lassen, seinen Arbeitskollegen in seinem gleichen Bestreben zu unterdrücken. In ihrem Egoismus denken die Leute nicht daran, daß der schlechter entlohnte Nebenkollege stets als drohender Lohnbruder vom Prinzip jederzeit gegen sie ausgespielt werden kann. In dieser Versammlung wurde auch die eventuelle Aufstellung eines Tarifes ins Auge gesetzt. Sämtliche Anwesende erklärten sich im Prinzip dafür und waren von der Notwendigkeit der Einführung eines Minimallohnes von 24 M. überzeugt. Es konnte sich aber nur ein Teil der Anwesenden entschließen, den ersten unabdingt notwendigen Schritt zu tun und dem Verband beizutreten. Im ganzen ist bis dato ein Drittel der hiesigen Posamentierer organisiert. Die Schwierigkeiten, welche bei einer Tarifeführung zu überwinden wären, sind nicht halb so groß, als es sich die Kollegen vorstellen, wenn sie nur erst geschlossen organisiert sind, und ihres jaghaften "Wenn" und "Aber" befreien lassen. Posamentierer Münchens, erinnert euch! Betrachtet die Erfolge unserer auswärtigen Kollegen und bedenkt, daß es nur an euch liegt, eine wesentliche Besserung eurer Lage auf Grund tariflicher Vereinbarung herbeizuführen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Eine Konferenz der Stoffhandelsarbeiter des Burgtäters, Hartmannsdorfer und Limbacher Bezirkes tagte am Sonntag in Burgstädt. Es wurde eine Lohnkommission bestimmt, die für die genannten Bezirke eine Reihe von Forderungen an die Fabrikanten stellen soll. Außer den schon vom Burgtäterer Gewerkschaftskartell für Burgstädt aufgestellten Forderungen: zehnstündige Arbeitszeit, anderthalbstündige Mittagspause, Sonnabends — unter Durcharbeitung — um 5 Uhr nachmittags Schluss, wöchentliche Freitags zu erfolgende Lohnzahlung, ist noch die Forderung der unentgeltlichen Lieferung aller zur Produktion benötigten Bedarfsgüter, wie Nadeln, Schmieröl, Beleuchtungstoffe, und die einer 15 prozentigen Lohn erhöhung gestellt worden. Die Forderungen werden mit Beginn des neuen Jahres den Fabrikanten eingereicht werden. Da diese mit Aufräumen wie kaum jemals überhaupt sein sollen, werden sie kaum umhin können, die Forderungen der Arbeiter unverzüglich zu bewilligen.

Die Textilarbeiter Lambrechts haben ohne ernste Kampf eine Lohnbewegung mit Erfolg abgeschlossen. Sie erzielten: 10stündige Arbeitszeit von dem Zeitpunkt an, wo dieselbe in den Konkurrenzbezirken bewilligt wird, neue Lohnsätze, denen die Ergebnisse der Sozialforschung zu Grunde gelegt werden u. a. mehr, über das wir in nächster Nummer ausführlich berichten werden.

Die Leipziger Buchdruckerarbeiter, über 1000 Mann, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine neunstündige Arbeitszeit und ein monatliches Mindestgehalt von 110 Mark. Es wurde beschlossen, in einer Eingabe an den Reichstag und den Bundesrat unter anderem völlige Sonntagsruhe und Handelsinspektorat aus den Kreisen der Angestellten zu verlangen.

Bei der Firma Julius Kühnemann in Hainichen haben sämtliche Holzhäuser wegen Nichtaushangens des Tarifs und Lohnreduzierung die Kündigung eingereicht.

Die Lohnbewegung der sächsischen Bergarbeiter ist noch nicht beendet. Die Grubenbesitzer haben bekanntlich den Arbeitern nur eine geringfügige Zulage gewährt, die nur als Teuerungszulage gelten und ferner nur so lange gezahlt werden soll, als die Kohlenpreise auf der von den Unternehmern gewünschten Höhe stehen. In vier Versammlungen des Augau-Döllnitzer Bezirks, die sehr stark betroffen waren, wurde einstimmig beschlossen, daß die Arbeiterausschüsse erneut vortrefflich werden und die Sicherung der Zulage fordern, sowie Verhandlungen über die weiteren Wünsche der Arbeiter einleiten sollen. Bis zum 15. Januar sollen die Verhandlungen beendet sein.

Ein Streik der Gasarbeiter ist in Augsburg ausgebrochen. Die gesamte Gaslieferung für die Stadt liegt in den Händen einer Aktiengesellschaft, die jährlich Nietenproftite einsteckt. Zugleich verweigerte man den Arbeitern die Erfüllung minimaler Forderungen.

Beiden den chirurgischen und orthopädischen Mechanischen Werkstätten und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in München wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 1. Januar 1908 Gültigkeit hat. Danach beträgt die Arbeitszeit 8½ Stunden, Überstunden werden mit 80 Proz. Sonntagsarbeit mit 40 Proz. Aufschlag bezahlt. Die Mindestlöhne wür-

den nach Altersklassen festgelegt und betragen 15 bis 30 M. Der Mindestlohn für Näherinnen beträgt im ersten Jahre 10 Mark, im zweiten Jahre 12 M. und im dritten Jahre 16 M. Allorde sind schriftlich zu vereinbaren und ist der vereinbarte Wochenlohn bei Altordarbeit zu garantieren. Zur Schlüttigung von Streitigkeiten ist ein Tarifamt vorgesehen.

Die Lausterer Bergarbeiter regen sich. Nachdem in fast allen Revieren Sachsen die Bergarbeiter mit Lohnforderungen an die Werkbesitzer herangetreten sind, ist auch im Zittauer Braunkohlenrevier unter den Bergleuten eine große Färbung bemerkbar geworden. Die Bergleute fordern daß der einheitliche Schichtlohn für Arbeiter unter Tage 3,50 M. und über Tage 3 M. pro Schicht betragen soll. Eine Kommission, in die jedes einzelne Werk einen Mann hinzutun soll, hat die Ausgabe, die Forderungen möglichst schnell auszuarbeiten. Fast täglich melden sich neue Mitglieder in den Verband an. Es kommt vor, daß Bergleute, die unter großen Gefahren unter der Erde ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, mit sage und schreibe 1,50 Mark pro Schicht nach Hause gehen müssen.

Die Buchdrucker sind in einer großen Reihe von Orten in eine Bewegung zur Erlangung einer sogenannten "Teuerungszulage" eingetreten. Der jetzige Tarif, der am 1. Januar 1902 in Kraft trat, gilt noch bis zum Jahre 1907; bis dahin ist eine Revision deselben ausgeschlossen. Nun haben sich aber die Verhältnisse während der Dauer des Tarifes so wesentlich geändert, daß die Gehilfenschaft in Anbetracht der ungewöhnlichen Umstände sich genötigt sah, auch zu ungewöhnlichen Mitteln zu greifen. Fast überall im Reiche sind die Buchdrucker an ihre Prinzipien mit dem Erluchen um Gewährung einer Teuerungszulage herangetreten. Zum Teil hatten sie Erfolg.

Die Lohndifferenz der Spindlerarbeiterinnen in der Tuchfabrik von Levin & Bernhard in Luckenwalde ist beigelegt. Die Forderungen der Arbeiterinnen wurden auf Anrufung des Einigungsamtes des dortigen Gewerbegebiets von der Firma bewilligt. 500 Maurer und Handlanger stehen in Luzern im Streit. Sie verlangen für die Wintermonate die acht-, für die übrige Jahreszeit die neunstündige Arbeitszeit, 55 Rp. minimalen Stundenlohn &c.

Bei Wienands & Käteel, Wollenweberei in Giesen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist zu unterlassen.

Ein Zentralverband der Gemeindearbeiter in der Schweiz ist von den Gemeinde- und Staatsarbeitern aus Bern, Luzern, Basel, Zürich und Winterthur in einer in Zürich abgehaltenen Delegiertenversammlung beschlossen worden.

Ein Ausstand der Pariser Diamantarbeiter ist ausgebrochen. Sie verlangen Gleichstellung mit ihren Amsterdamer und Antwerpener Kollegen.

Friedrich Holzhäuser, der frühere Vorsitzende des Verbandes der Schneider und Schneidertinnen Deutschlands, ist nach vier Monaten langer Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Mit Holzhäuser verliert der Verband der Schneider Deutschlands und die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen der treuesten Kämpfer. Holzhäuser gehörte den Mitbegründern der Organisation der Schneider Deutschlands, für die er schon an den Kongressen der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts tätig war. Mehr als zwölf Jahre war der Verstorbenen Leiter des Verbandes. Auch an der allgemeinen Arbeiterbewegung hat er einen Anteil genommen.

Gewerkschaftliches.

Im Buchdruckerverbande wurde nach einer soeben veröffentlichten Zusammenstellung im Jahre 1904 seitens der Gau-, Bezirke und Ortsvereine an lokalen Mitteln die imposante Summe von 1.070.611,27 M. aufgebracht neben dem regulären Verbandsbeitrage. Die Ausgaben betragen demgegenüber 809.049,29 M. Eine Zusammenstellung über die Art der Verwendung dieser lokalen Mittel seit 1898 ergibt folgendes interessantes Bild:

Jahr	Arbeitslose	Krank	In andere	Gesamt- ausgaben
	Mit.	Mit.	Mit.	Mit.
1898	107.761,82	56.688,10	7.828,22	391.976,55
1899	105.861,57	71.089,70	21.750,50	475.784,65
1900	85.921,74	77.485,55	11.712,06	504.044,80
1901	184.914,15	106.935,47	17.681,37	602.413,71
1902	205.251,83	98.616,39	11.203,12	715.273,87
1903	194.121,04	96.474,30	80.499,26	772.522,42
1904	189.783,49	118.329,45	23.269,92	809.049,29
	1.073.616,54	625.618,96	153.974,44	4.271.065,29

Diese Zahlen beweisen am besten die Solidarität und die Opferfreudigkeit, die in den organisierten Buchdruckerkreisen herrschen.

Soziales.

Beirat für Arbeiterstatistik. Der Beirat für Arbeiterstatistik war am 4. und 5. Dezember d. J. unter dem Vorsitz des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Dr. van der Borch, zu seiner 13. Sitzung zusammengetreten. In der Hauptrede handelte es sich in dieser Sitzung um die mündliche Vernehmung von Auskunftspersonen über die Lohnsituation in der Kleider- und Wäschekonfektion. Eine Sitzung, am 18. und 19. Mai d. J. vom Beirat für Arbeiterstatistik veranstaltete Vernehmung über diese Frage hatte über verschiedene Punkte noch keine genügende Ausklärung gebracht, sodass eine ergänzende Vernehmung weiterer Sachverständiger erforderlich wurde. In der Herren- und Knabenkonfektion und in der Damenkonfektion sollte vor allem das Verhältnis der Zwischenmeister einerseits zu den Unternehmern, andererseits zu ihren Arbeitnehmern aufgeklärt und die Frage des Bedarfsschlusses für Beibehaltung, Abänderung oder Abschaffung des Lohnbuches geprüft werden, während es bei der Wäschekonfektion darauf ankam, die mit den Lohnbüchern gemachten Erfahrungen bei der Werkstattarbeit und bei der Heimarbeit genauer kennen zu lernen. Aus der Herren- und Knabenkonfektion wurden 10, aus der Damenkonfektion 4 und aus der Wäschekonfektion 12 Auskunftspersonen vernommen. In der Mehrzahl äußerten sie sich dahin, daß die Beibehaltung eines Lohnbuches zur Verhinderung von Lohnstreitigkeiten wünschenswert sei, daß aber das durch die Bekanntmachung vom 9. Dezember 1902 vorgeschriebene Formular den bestehenden Bedürfnissen nicht entspreche, sondern eine Reihe von Abänderungen und Erweiterungen erfahren, vor allem zu einem Lohnabrechnungsblatt umgestaltet werden müsse. Unter den übrigen Gegebenheiten der Tagesordnung kamen auch verschiedene Veröffentlichungen des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg in dessen Verbandschriften zur Sprache, in denen die Unparteilichkeit des Beirates gelegentlich der mündlichen Vernehmungen von Auskunftspersonen aus dem Stande der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handelsgewerbes angewiesen wird.

Ein Streik der Gasarbeiter ist in Augsburg ausgebrochen. Die gesamte Gaslieferung für die Stadt liegt in den Händen einer Aktiengesellschaft, die jährlich Nietenproftite einsteckt. Zugleich verweigerte man den Arbeitern die Erfüllung minimaler Forderungen. Beide sind den chirurgischen und orthopädischen Mechanischen Werkstätten und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband in München wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis zum 1. Januar 1908 Gültigkeit hat. Danach beträgt die Arbeitszeit 8½ Stunden, Überstunden werden mit 80 Proz. Sonntagsarbeit mit 40 Proz. Aufschlag bezahlt. Die Mindestlöhne wür-

Gewerbeordnung und die kaiserlichen Verordnungen vom 31. Mai 1897 und 17. Februar 1904 war die Inhaberin einer Brauerei verhaftet worden, weil sie an einem Sonnabend nach 5½ Uhr Arbeiterinnen in ihrem Betriebe beschäftigte. Die Angeklagte betonte, als sie am Sonnabend gegen 5½ Uhr im Laden mit einer Kundin sprach, sei wenige Minuten nach 5½ Uhr ein Beamter erschienen und habe festgestellt, daß noch einige Arbeiterinnen mit Arbeiten in der Brauerei beschäftigt waren. Sowohl das Schöffengericht als auch das Landgericht sprachen die Angeklagte frei, weil die Arbeiterinnen nicht auf Anordnung der Angeklagten noch nach 5½ Uhr am letzten Tage gearbeitet hatten; eine Bestrafung könnte nur in dem Falle eintreten, wenn die Angeklagte oder deren Vertreterin die Weiterarbeit am fraglichen Tage noch nach 5½ Uhr angeordnet hätte. Das Kammergericht hob indessen, wie in früheren Fällen, die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu einer weiteren Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Das Kammergericht erachtete die Vorentscheidung für vertieft und nahm an, daß die Angeklagte die Pflicht gehabt habe, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiterinnen um 5½ Uhr mit der Arbeit am Sonnabend in der fraglichen Werkstätte aufhörten. (Soz. Praxis.)

Aus Unternehmertreisen.

Einen lächerlichen Ausfall unternahm die "Deutsche Färber-Zeitung" kurz vor Abbruch des Kampfes im sächsisch-thüringischen Bezirk. Sie schrieb damals:

"Verschiedenes wird gemunkelt vor Friedensunterhandlungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, dann aber logisch wieder dementiert. Nun, das Dementierte ist eine schlechte Gewohnheit, die wir von den Ministern aller Länder angenommen haben, aber es taugt trotzdem nicht viel. Wir geben uns vielmehr der bestimmten Hoffnung hin, daß der allgemeine Weberstreik vor dem allgemeinen Stollenbaden sein Ende gefunden haben wird, vielleicht schon bevor unsere geschätzten Leser diese geschätzten Zeilen zu lesen bekommen werden. Jedenfalls spielt der Weihnachtsstollen keine kleine Rolle bei der Sehnsucht der Ausgesperrten nach den Segnungen des Friedens. Nun aber muß man die Frage aufwerfen, ob der sozialdemokratische Textilarbeiterverband noch alszurechnungsfähig betrachtet werden kann, ob man ihn nicht in eine Nervenheilanstalt schicken sollte. Hat er denn bei den letzten möglichen Massenstreiks auf sächsisch-thüringischem Gebiete garnicht gezeigt, seine unzureichende Kraft garnicht erkannt und keine Ahnung davon bekommen, daß er in Wirklichkeit mit seinen Schutzbeschützern durch Vorstiegeln falscher Hoffnungen ein frivoles Spiel treibt? Wenn die Sache nicht so traurig wäre, möchte man sein Kommando geradezu lächerlich finden. Es erinnert an den Offizier der "Fliegenden Blätter", der bei einem Manöver seine Schwadron blindlings von einem Kartoffelfeld in das andere jagte mit immer denselben Kommando: rinn in die Kartoffeln! raus aus die Kartoffeln! rinn in die Kartoffeln! usw. So kommandiert blindlings auch der Textilarbeiterverband seinen Genossen: rinn in den Streik! raus aus dem Streik! rinn in den Streik! usw. Und zuletzt bleibt das Bild des weinenden Jungen, der an der Straße sitzt und sagt: So, jetzt geschieht es meinem Vater gerade recht, daß es mich so friert, warum hat er mit keine Handschuhe gekauft! Wenn dann das Geld des Arbeiterverbandes alle geworden ist, so kann der Arbeiter sich auch an die Straße setzen und rufen: So, jetzt geschieht's unsern Alten! gerade recht, daß es uns so hungert und friert, warum hat er uns ausgesperrt!"

Ganz abgesehen von dem Zynismus, der dieses Machwerk auszeichnet, enthält dasselbe so viel Schiefes und Falsches, daß wir nicht umhin können, es gebührend zu beantworten. Zunächst den Vorwurf, daß der Verband seine Leute in den Kampf schickte auf Kommando und sie auf Kommando wieder zurückziehe. Der Verband hat noch niemals zum Streik geraten, gleichwohl denn zu einem solchen kommandiert. Gerade das Gegenteil ist der Fall; er hat sich nur bewegen lassen, Streiks zu genehmigen, wo es vielleicht besser gewesen wäre, die Antragsteller abzuweisen. Dann hat er den Streikenden nicht kommandiert, die Arbeit wieder aufzunehmen, sondern ihnen daselbe angeboten. Bei uns geht es eben noch nicht so straff zu, wie in den Unternehmertümern, die einfach ihren Mitgliedern befahlen, ihre Betriebe zu schließen, wenn es das Interesse der Gesamtheit erhebt. Sie müssen auch auf Kommando wieder öffnen. Der Verfasser der obigen schmalen Notiz hat also die Vorgänge in unserem Verband lediglich durch die Brille des Unternehmertümers gesehen. Im übrigen wäre es gut, wenn wir in diesem Betracht einmal von den Unternehmertümern lernen und — es genau so machen, wie sich der r. Korrespondent der "Deutschen Färber-Zeitung" die Sache bei uns denkt. Natürlich wird er dann unseren Verband wieder als für eine Nervenheilanstalt reif erklären, weil wir es den „nervenkranken“ Unternehmertümern gleich tun würden, die für eine Nervenheilanstalt allerdings reif zu sein scheinen, wenn sie in jeder Lohnforderung eine sozialdemokratische Forderung erblicken. Und weiter: Wenn unsere Mitglieder wirklich kommandiert würden — sie befinden sich in nicht schlimmerer Lage, als die Mitglieder des Färber-Kinges. Sie gegen ihren Willen ihre Betriebe schließen müssen. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen.

Wirtschaftliches.

Über bessere Preise und gesteigerte Ausfuhr berichtet Max Schippel in seiner "W. R.":

Das Kapital in der Produktionsphäre misst von den "dunsten Punkten", welche allenfalls die Börse und den Großhandel beeinträchtigen, so gut wie gar nichts. Die Preisabschleiferungen vollziehen sich überall ungehindert weiter; meist sind sie längst über den blohen Ausgleich für vorangegangene Aktienpreise hinausgewachsen, und Verbände wie das Kohlenkartell haben überhaupt Aktienpreise niemals geglückt. Zum Teil treibt hier freilich ein Fall nur den andern: die weiter verarbeitenden Industrien müssen der Versteuerung der Rohmaterialien folgen. Aber gewöhnlich bleibt wenigstens ein Teil der Preisssteigerung rein Gewinn — wie das z. B. die Eisengießereien für ihre Preisabschleiferungen seit Mitte September fast durchweg um 1 M

Beilage zu Nr. 50 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 15. Dezember 1905.

Die Lage der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen von Bielefeld u. Umg.

Man schreibt uns von dort:

Nach langem vergeblichen Bemühen ist es nun endlich gelungen, auch unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Textilindustrie unseres Bezirks die Organisation zu fördern. Für Bielefeld und Umgegend kommen ungefähr 10 000 in Spinnereien, Webereien und Färberereien beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter in Betracht. Während nun in den Spinnereien, darunter besonders die „Ravensberger Spinnerei“, meist fremde, ostpreußische Arbeiter beschäftigt sind, welche durch dortige Agenten für die Betriebe angeworben werden, kommen für die Webereien mit verschwindenden Ausnahmen nur heimische Arbeiter in Betracht. Bei beiden Gruppen konnte der Organisationsgedanke nur schwer Fuß fassen. In den Webereien besteht das Vererbungssystem in vollkommenster Weise. Die Tochter erbte die Arbeit in der Weberei von der Mutter, die Söhne von den Vätern, und so sieht man ganze Geschlechter, welche immer ihre Dienste den Unternehmern zur Verfügung gestellt haben. Dazu kommt, daß die meisten der in der Weberei Beschäftigten außerhalb der Stadt und auf dem Lande wohnen, die Eltern der Mädchen und jungen Leute ihrer Väter zu Hause haben, den sie nach Feierabend in den „Erholungsstunden“ bearbeiten müssen. Dießen Leuten ist dann der Gedanke an bessere und schönere Ziele, als nur arbeiten, schlafen und essen, schwer beizubringen. Die ostpreußischen Arbeiter und Arbeiterinnen sind von Natur aus schon etwas schwieriger, dank der jungerlichen Erziehung und „Schulbildung“ in Ostelben. Dann werden aber auch ganze Familien hierher transportiert. Die Spinnereien übernehmen alles für Transport usw., geben diesen Familien den nötigen Vorrich, welcher dann wieder ratenweise am Vortag abgezahlt wird. Auf diese Weise werden solche Familien, wenn nicht stets, so doch auf lange Zeit an die Spinnerei gefesselt und stehen immer unter ihrer Aufsicht.

Die Spinnerei „Ravensberg“ sowohl als „Vorwärts“ in Bradweide haben auch für ihre Arbeiter Familienwohnungen gebaut. Familien, welche diese Häuser bewohnen, sind durch Kontrakt verpflichtet, nicht nur ihre Kinder, sondern die Mädchen, der Spinnerei zuzuführen, sondern jede Familie muß mindestens drei Arbeiterinnen der Spinnerei in Logis nehmen. Die jüngeren weiblichen Arbeiterinnen kommen erst in die Obhut einer älteren Verwalterin eines Kinos. In diesem Kino der „Ravensberger Spinnerei“ wird nicht nur fürs leibliche Wohl der jungen Mädchen gesorgt, sondern es ist auch Sorge getragen, daß die geistige Ausbildung gefördert wird, indem man an einigen Abenden den Saal zu einem Kursaal herstellt. Wie uns versichert wurde, sollen auch diejenigen jungen Mädchen, welche das Kino bewohnen und am leichtesten diese Verdachtshabende befinden, einen Vorzug in der Belöhnung haben. Ob diese Art der Erziehung nun gerade die richtige ist, um das wirklich religiöse Gefühl zu heben, möchte mir sehr zweifeln.

Die „Ravensberger Spinnerei“ hat nun vornehmlich das Bestreben, Arbeiterinnen und Arbeiter heranzuziehen, welche aus der politisch freudigen Gegend kommen, worum, das brauen wir hier wohl nichts zu erzählen. Sie lädt es sich da an Unfeten auch nicht mangeln, werden dann an junge Mädchen, welche Freundinnen oder Geschwister hierher begleiten, pro Kopf 2 Mark Gratifikation gezahlt. Auch die Agenten dort in Ostpreußen bezahlt man gut für ihre Bemühungen.

Aus alledem erzieht der Leser, daß es sich hier um den Sklavenhandel in reinster Form handelt. Man betrachte hierbei nun die Ausbildung der Arbeiter und Arbeiterinnen in religiösen Übungen! Wie muß wohl einer solchen Arbeiterin zu Nutzen werden, wenn in den Bibelstunden über die betreuten Handlungen der Lehre Christi unterrichtet und ihr erzählt wird, wie Missionare und Missionarinnen in Afrika bemüht sind, die Negerräume zum Christentum zu bekehren, die Sklaverei aufzuheben usw., wenn sie weiß, daß ihre Freundin für den Handel, welcher mit ihrem Körper getrieben worden ist, auch 2 Mark bekommen hat? Echte christliche Moral, nicht wahr?

Aber auch noch auf andere Weise betätigt sich das Interesse der „Ravensberger Spinnerei“ für das Wohlergehen ihrer Arbeiter. Als in diesem Frühjahr die Anfänge der Organisation sich dort bemerkbar machten, glaubte man deren Entwicklung dadurch aufzuhalten zu können, daß man den bekannten „Arbeiterfreund“ und sonstige Tafelstühlen den Arbeitern gratis abgab. Aber auch diese Bemühung war umsonst. Die Arbeiter haben diese Tafelstühle, weil gratis, abgenommen und sind trotz allerlei der Organisation immer zahlreicher beigetreten.

Um 1. Januar 1906 soll nun die wöchentlich 60 stündige Arbeitszeit eingeführt werden. Hoffen wir, doch dann im nächsten Jahre die Organisation so erwartet sein wird, daß durch dieselbe dann auch die mit der Verkürzung der Arbeitszeit notwendig werdende Lohnerhöhung erzielt werden kann.

In den Webereien werden hauptsächlich weibliche Personen beschäftigt. So in der „Mechanischen Weberei“ Bielefeld, allein circa 700 Frauen. Die Seidenweberei C. A. Dellus & Söhne beschäftigt über 300 Frauen. Dieselbe Firma beschäftigt in Pöhlendorf ungefähr 500 Weber und Webereinnen. In dem Betriebe in Bielefeld haben wir sehr gute Fortschritte gemacht. In Jöllenbeck, wo wir noch gar keinen Einfluss haben, ist die Mehrzahl im „Christlichen Textilarbeiterverband“ organisiert.

In der Umgegend von Bielefeld liegt noch ein Teil bedeutender Webereien, wo wir nur erst einen teilweisen Erfolg haben. Guten Erfolg hat auch unsere Organisation hier schon aufzuweisen. In der Steppenboden- und Mattenfabrik von Otto Stadmann & Kom. hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen eine Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden gestellt (bis jetzt betrug dieselbe 10½ Stunden). Weitere Forderungen auf eine Verkürzung für die Arbeiterinnen in Zoben und Althorn 10 Proz. und volle Aussageung des Lohnes für die zehn Stunden am Sonnabend. Die Forderungen sind letztens der Betriebe glatt bewilligt worden. Die Organisation zählt jetzt in diesen Betrieben 80 Proz. der Beschäftigten.

Wie es scheint, werden im nächsten Jahre auch hier Differenzen ausbrechen, wie hoffen aber, dieselben mit Hilfe der Organisation glatt erledigen zu können.

Unser Mitgliederverband beträgt jetzt über 500, allein in den letzten Tagen haben wir einen Zusatz von 200 Mitgliedern bekommen. Das 1. Quartal wird hoffentlich mit einem Mitgliederverband von über 800 abgeschlossen. Wenn wir bedenken, daß im Vorjahr um diese Zeit unsere Mitgliederzahl erst ungefähr 30 betrug, so können wir unseren Kollegen und Kolleginnen nur ungern Anerkennung ausdrücken für ihre rastlose Tätigkeit. Über wir dürfen nicht rasten, ehe wir nicht auch den

leichten Textilarbeiter und die leichte Textilarbeiterin von Bielefeld und Umgegend der Organisation zugeführt haben.

Über auch dem Hauptvorstand möchten wir empfehlen, sein Augenmerk mehr unserem Kreise zuwenden. Der Boden ist gegeben. Sorgen wir, daß er bearbeitet und gepflegt wird, die Früchte werden dann um so reicher sein.

Auch einen heiteren Zwischenfall aus unserer Agitation wollen wir unseren Kollegen nicht vorenthalten, der auch zur Charakteristik der christlichen Agitationsweise dienen möge. In dem obengenannten Betriebe der Firma Dellus haben wir vorzügliche Fortschritte gemacht. Flugs traten auch die Christlichen auf den Plan und hielten eine Versammlung für obigen Betrieb ab, um uns die Mitglieder wieder wegzuschnappen. Der „große Kampf“ aus Münster mit dem neuen christlichen Arbeiter-Sekretär Wallbaum aus Bielefeld verhinderten in dieser Versammlung die Arbeiterinnen des Betriebes nach bekannter Weise einzufangen. Unser Vertrauensmann, Kollege Casper, war durch eine andere Fabrikbesprechung, welche in demselben Lokale stattfand, verhindert, den christlichen Gimpel-fängern auf die Finger zu klopfen. Über es ging auch so. Unsere anwesenden Kollegen und Kolleginnen verdarben den christlichen Beißlückern ihr Spiel so, daß diese unter dem Gesichter der Versammlung mit langer Nase wieder abziehen mußten.

Wir geben den Herren den Rat, nicht in verbotenen Reviere zu jagen; dort ist es immer gefährlich und die Blamage nachher umso größer.

Das Ende des dänischen Weberstreiks.

Das Ende des Streiks haben wir schon in voriger Nummer kurz gemeldet. Heute können wir die Bedingungen nennen, unter denen der Kampf beendet wurde. Man schreibt uns darüber aus Kopenhagen:

Am 1. Juli cr. legten die dänischen Weber die Arbeit nieder, nachdem wiederholte Verhandlungen infolge der Hassstarrigkeit der Unternehmer zu keinem Erfolg geführt. Wie auf einen Fauberschlag standen die meisten und größten Betriebe still. Endlich, nach 23 wöchiger Dauer, konnte der Zustand mit einem Sieg der Arbeiter beendet werden. Welch ungünstiges Elend wäre den Textilarbeitern Dänemarks erspart geblieben, wenn die Fabrikanten in den ersten Wochen des Ausstandes eingesehen hätten, daß es in ihrem Interesse läge, nachzugeben. Der Streik kostete dem Lande 4 Millionen Nationalvermögen und den dänischen Textilarbeitern allein eine halbe Million Kronen. Und den Fabrikanten muß er ebenfalls hohe Summen gekostet haben.

Was wollten die Fabrikanten damit erzielen? Sie wollten die Arbeiter auf den Standpunkt zurückdrängen, den sie schon vor 30 Jahren einnahmen. Dann wollten die größeren Fabrikanten gewiß ihre weniger kapitalstarken Kollegen unterwerfen und von sich abhängig machen. Das erste gelang Ihnen nicht; die dänischen Textilarbeiter haben ihre Feuerprobe glänzend bestanden, trocken sich als „Stühlen“ der Gesellschaft gegen sie verschworen zu haben. Schonen, Polizei, Richter, Kirche, Alles vergabens; die Arbeiter hungerten lieber; als daß sie sich befreit erklärt und ihre Organisation verliegen, wie es die Unternehmer verlangten. Und sie sagten, und zwar unter Erbringung bedeutender Vorteile. Für jeden Betrieb wurden die Verhandlungen besonders geführt. Was dabei an Lohnverhältnissen herauskam, läßt sich noch nicht genau feststellen. In einigen Betrieben wurde der Lohn um 10–25 Proz. in anderen nur um 5–10 Proz. erhöht. Die Angestellten und Vorrichter erhalten Lohnverhältnisse von 20–30 Proz. Auch die Spuler und andere Vor- und Nebenarbeiter wurden mit Lohnaufbesserungen bedacht. Bei den Webern wurde in den meisten Betrieben die 4-Stuhlsala eingeführt. Die Stühle müssen eine bestimmte Länge haben, Übermaß muß entsprechend vergütet werden. Vor dem Streik nahmen es viele Fabrikanten mit der Stuhllänge nicht so genau. Alle Klagen über schlechtes Material müssen dem Fabrikvertrauensmann überbracht werden, welcher im Namen der ganzen Organisation mit dem Fabrikanten darüber verhandelt. Das Wartegeld – 24 Ore auf einen Stuhl, 12 Ore auf zwei Stühle – bleibt bestehen. Die Arbeitszeit wird verkürzt. Wo sie noch 10 Stunden beträgt, wird sie in den ersten 2 Jahren jedes Jahr auf 4 Monate um eine halbe Stunde täglich verkürzt, die nächsten 3 Jahre auf 6 Monate jedes Jahr. Das Uebereinkommen gilt auf 5 Jahre und kann erst zum 1. Januar 1911 aufgelöst werden. Zum ersten Male wurden die Lohnsätze für den amerikanischen Magazinfuß festgelegt: Der Weber bekommt 70 Kronen festen Lohn pro Monat. Weber, welche auf 8 Stühlen arbeiten, bekommen für je 100 000 Schuh 22 Ore, solche, die auf 14 Stühlen arbeiten, 20 Ore. Das ergibt Jahresverdienste von 14–1000 Kronen. Die Spuleraussetzer muß der Fabrikant bezahlen.

Für das 8- und 4-Stuhlsystem gilt folgendes Reglement: 3 und 4 Stühle dürfen nur bei einschlägiger Ware bedient werden. Bei Bedienung von 3 Stühlen darf kein größeres Garn als Nr. 8 verwendet werden, und diese Nummer auch nur auf einem Stuhl. Bei 4 Stühlen darf nur auf einem Stuhl Nr. 10 als größte Nummer verwendet werden. Näßle- und Condensat-Cops-Spulen dürfen nicht bei 3 und 4 Stühlen verwendet werden. Wird auf 3 oder 4 Stühlen gearbeitet, muß dem Arbeiter mindestens 10 Proz. mehr Lohn garantiert werden, als auf nur 2 Stühlen verbrieft werden kann. Es sind die besten Warengüteklassen, die auf 3 und 4 Stühlen hergestellt werden können. Die für 2 Stühle festgelegten Löhne werden um 18% Proz. reduziert, wenn deren Artikel auf 3 Stühlen, und um 20 Proz. wenn sie auf 4 Stühlen gewebt werden.

Man sieht, die dänischen Kollegen haben nicht schlecht abgeschnitten, und man kann sie zu ihrem Erfolge begrüßwünschen. In diesem Betriebe 80 Proz. der Beschäftigten.

Wie es scheint, werden im nächsten Jahre auch hier Differenzen ausbrechen, wie hoffen aber, dieselben mit Hilfe der Organisation glatt erledigen zu können.

Unser Mitgliederverband beträgt jetzt über 500, allein in den letzten Tagen haben wir einen Zusatz von 200 Mitgliedern bekommen. Das 1. Quartal wird hoffentlich mit einem Mitgliederverband von über 800 abgeschlossen. Wenn wir bedenken, daß im Vorjahr um diese Zeit unsere Mitgliederzahl erst ungefähr 30 betrug, so können wir unseren Kollegen und Kolleginnen nur ungern Anerkennung ausdrücken für ihre rastlose Tätigkeit. Über wir dürfen nicht rasten, ehe wir nicht auch den

für das 18. Geschäftsjahr wird den Aktiönen wiederum ein günstiger Abschluß vorgelegt. Nach den üblichen Abschreibungen bleibt ein Gewinn von 145 715,00 M. zugleich Vortrag aus letzter Bilanz 18 050,75 M., gleich 10 000,75 M., wodurch der Vorstand in den Stand gelegt ist, eine Dividende von 9 Prozent in Vorschlag zu bringen. Durch Überweisung von 13 000 M. an die Muster-Reserve wird das Muster-Konto für welches die Angaben seit Jahren auf Spezial-Konto übernommen wurden, nunmehr vollständig ausgeglichen. Die hohen Preischwankungen in Rothbaumwolle führen, wie es im Geschäftsbericht heißt, dazu, daß während eines Teiles des Geschäftsjahrs sehr teure Garne verarbeitet werden müssen. Das Gewinn-Resultat würde sich sonst wohl noch günstiger gestaltet haben, da wiederum ein größerer Umsatz erzielt worden ist. Die Ausdehnung des Betriebes in den letzten Jahren brachte es mit sich, daß die Ausländer in den Salons nicht prompt weiter, weshalb man sich gezwungen sah, die Errichtung einer eigenen Appenzur-Vorstadt ins Auge zu fassen. Infolge eines Nichtsatz-Urteils hat der Vorstand die Ausführung dieses Plans in die Hand genommen und auf einem Teile des bisher brachliegenden Geländes hinter der Fabrik in der Hammerstraße eine Blecherei und Appenzur-Anstalt errichtet, in welcher die modernsten Einrichtungen und Maschinen auf diesem Gebiete zur Ausübung gelangen werden. Mit dem Bau ist bereits begonnen worden, im Laufe dieses Geschäftsjahrs gebettet man den Betrieb aufnehmen zu können. Die Ausgaben für das neue Geschäftsjahr sind prompt befreit. Der Vorstand legt folgenden Verteilungsplan zur Annahme vor: a. Erfüllung der Muster-Reserve 13 000 M., b. Pensions- und Unterstützungsfonds, Arbeitersfonds 5000 M., c. Gewinnanteil und Verteilung an Vorstand, Ausschüttung und Beamte 18 010,75 M., d. 9 Prozent Dividende von 10 800 M., e. Vortrag auf neue Rechnung 10 740,00 M.

Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei, Linden. Nach dem Geschäftsbericht für 1904–05 war der Carnbedarf in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres rege, während er in der zweiten etwas nachließ. Die Fabrik produzierte 5,41 Millionen (s. 4,76 Millionen) Pfund engl. Garn, in etwas seiner Durchschnittszahl als im Jahre zuvor. Die wesentliche Erhöhung der Produktion entfällt in der Hauptlaube auf Wintergarne, nachdem es Erfolg für den in 1904 durch einen Brand zerstörten Teil der Musteranlage, die Weberei, vergrößert worden ist. Nach 15 818 M. Abschreibungen (s. 18 010,75 M. Abschreibungen des Gewinns aus verfaulten Grundstücken) und Ablösung der Stiftserrechte verbleibt ein Gewinn von 11 210 M. (63 008 M.). Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent (8 Prozent) auf das 80 000 M. betragende Aktienkapital vorgeschlagen.

Altland-Gesellschaft für Leinengarn-Spinnerie und Bleicherei vorw. Hennig u. Comp. in Rüdersdorf. Der Vorstand hat einem Aktionär auf dessen Anfrage mitgeteilt, daß in diesem Jahre eine Besserung der Geschäftsvorhersage vorliegt und hoffentlich eine nicht unerhebliche Verringerung des Verlustabzugs eintreten wird. Der Kursstand der Aktien entspricht dem inneren Wert der Anlage weitgehend.

Norddeutsche Tricotweberei vorm. Leonhard Sprid u. Co., Ahlens-geellschaft, in Berlin. In der ordentlichen Generalversammlung berichtete Direktor Bernfeld über das Geschäft im laufenden Jahre, das dies seit Abschluß des Geschäftsjahrs auf seinem Gebiete verschlechtert, eher gebeffert habe. Auch die Preise für die augenblicklich einlaufenden Aufträge seien zufriedenstellend. Das Verkaufs-geschäft sei nach jeder Richtung gut, indes könne die Fabrik nicht genug produzieren. Die Verwaltung hofft schon im Laufe dieses Jahres die Produktion erhöhen und damit eine Besserung in der Lieferung herbeizuführen zu können. Wenn daher nicht ganz unerwartet Preissteigerung am Baumwollmarkt eintrete, so seien die Aussichten für die Zukunft als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Der Jahresabschluß für 1904–05 wurde genehmigt, die Dividende auf 8 (10) Prozent festgelegt und Entlastung erteilt.

Gardinenfabrik Blaues i. B. 9 Prozent Dividende. — Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei 10 Prozent (s. 8 Proz.). — Norddeutsche Tricotweberei vorm. Leonhard Sprid u. Co., Alt.-Wei. in Berlin 8 Prozent (s. 10 Proz.).

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Bremen. Eine gut besuchte Generalversammlung lagte am 9. Dezember im „Gewerkschaftshaus“. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, „Abschluß eines Kollegen“ wurde nochmals über die Ausschließung des Kollegen Wilhelm Röhrlig beraten. Röhrlig, der bereits am 30. September durch Versammlungsbefehl aus dem Verbande ausgeschlossen worden war, holte bei dem Zentralausschuß mit Erfolg Protest eingereicht. Der Begründung des Protestes lag ein Formfehler zu Grunde. Es war nämlich in der Beschlussmachung der Tagesordnung der Versammlung vom 30. September das Wort „General“ weggelassen worden. Die Verwaltung lag sich daran an, verantwortlich zu erklären, daß die Ausschließung des Kollegen Wilhelm Röhrlig aus dem Verbande noch zu behandeln, Röhrlig suchte nun in der nunmehrigen Generalversammlung (9. Dezember) in einer 40 Minuten langen Verteidigungrede seine Ausschließung zu beweisen. In überaus heftiger Weise griff er den Zentralvorstand und Ausschuß an. Er sei zu Unrecht seiner Sache, als Gauleiter entsteckt worden; auch zu Unrecht sei ihm sein noch zu beanspruchendes Gehalt in Höhe von 268 M. vorenthalten worden. In der sich hieran anschließenden Diskussion wurde das Verhalten des Kollegen W. Röhrlig von sämtlicher Rednern scharf verurteilt. Sämtliche Redner waren der Ansicht, daß der Kollege W. Röhrlig aus dem Verband ausgeschlossen werden müsse. Ein Antrag des Kollegen Walter Struhs, welcher lautete: „Die ganze Sache einer Kommission zu überwiesen zwecks nochmaliger Untersuchung“, wurde mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Als Kommissionsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Struhs, Blomberg, Lust, Stoffel und Weisen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Bericht des Vorstandes“ erhielten die Kollegen Geschäftsführer Georg Panzer und der Vorsitzende Chr. Schäffer das Wort. In kurzen Zügen erklärten beide über die kurze Unstätigkeit des jungen Vorstandes Bericht. Hieran folgte der dritte Punkt: „Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Revisoren“. Aus der Wahl gingen folgende Kollegen hervor: Chr. Schäffer, als 1. Vorsitzender (wiedergewählt); Ew. Braun, als 2. Vorsitzender (neugewählt); Chr. Wolfskeits, als 3. Revisor (neugewählt); Karl Kirchhoff, als 1. Schriftführer (wiedergewählt); Paul Winkelstrater, als 2. Schriftführer (neugewählt); Alb. Klein, Rud. Stoffel, als Bibliothekare (neugewählt). Die Kollegen Kunze, Schulte-Hohagen, Hallwass und Struhs lehnten eine Wiederwahl aus verschiedenen Gründen ab. Als Revisoren für die Filialen wurden die Kollegen Walter Struhs, Ehr. Kunze und Emil Kramer neugewählt. Als Revisoren für die Hauptstelle wurden die Kollegen Walter Struhs, Baumann und Kortwig gewählt.

Borcholt i. W. (Christliche Kampfswelle). Mit welchen schwierigen, gemeinen Waffen hier am Orte die christlichen Brüder kämpfen, zeigt sich mal wieder bei Gelegenheit der hier am 28. v. M. vollzogenen Wahl der Arbeitervertreter zur Ortsräte. Nachdem die strommen Zugewanderten, welche vorher in den Betrieben arbeiteten, wieder ausgewichen, mußten die strommen Brüder doch die Wahrnehmung machen, daß sie nur einen Vorsprung von 84 Stimmen gegenüber einer Liste zu vergleichen hatten. Ein derartiges Resultat mußten die strommen Brüder wohl nicht erwartet haben; uns kam es

Entbehrungslöhne.

Es gibt noch nicht genug reiche Leute in Deutschland, sagt der Reichstagsabgeordnete Julius Böll vom CDU. Im Reichstag zur Begründung neuer indirekter Steuern. Er wollte damit sagen, daß man dem armen Mannen an direkten Steuern nicht noch mehr abnehmen könne, weshalb er in höherem Maße noch als bisher zur Überlastung werden müsse, die Reichen seien aber so gering an Zahl, daß sie allein eine Erhöhung der direkten Steuern in dem notwendigen Maße nicht tragen könnten. Es kommt aber für die Frage der Steuererhöhung weniger darauf an, welche Reichen sind und welche Leute immer reicher werden, als auf den Vermögenszuwachs der großen Industriellen-Betriebe. Nicht zuletzt der Textilbetriebe, herborzigen Deut. Textil. In nächster Zukunft einige unsere Vermutungen unterliegenden Betriebe.

Anschrift: Blaues vormals Gustav Seiffert & Jacoby-Brothers u. Co., Blaues in Bremen i. B. Nach dem Geschäftsbericht

lebend nicht unerwartet, wie bedauern nur, daß die Christlichen es noch mal (bedenkt zum allerleichten Male) fertig gebracht haben, ihre Elte durchzudrücken. Wir waren nun auf den Ausfall der Wahl nicht zurückgekommen, wenn die Brüder nicht nach der Wahl in dem ihnen zur Verfügung stehenden ultramontanen Kästchentt aus der Nordstraße zu einem Mittel geprägt hätten, das jeder anständige Mensch als das allerschamhafteste bezeichnen muß. So sollte nach einem „Eingesandt“ im obigen Musterblatt ein Meister der Firma Geisel & Gläser an die bei ihm beschäftigten Weber Elternzeit vertreten haben. Betreffender Meister, der, nebenbei bemerkt, Begier von uns ist, hat durch seine Tätigkeit den ganzen Halt der christlichen Brüder auf sich geladen, indem durch das „Eingesandt“ des Fabrikant auf dessen Staatsgefährliche Tätigkeit bestimmt ausmerksam gemacht wurde. Nicht besser erging es dem Meister der Firma Franz Beckmann & Co. hierüber. In dem betreffenden „Eingesandt“ werden die Angestellten beschuldigt, die dort beschäftigten Arbeiter und vornehmlich Arbeiterinnen als sogenanntes Stilmöbel zum Wahllokal geschleppt zu haben. Der Schnupftab hat, um das Seelenheit der armen Arbeiterinnen zu retten, den betreffenden Eltern, ihre Töchter vor dem Einfluss der gottlosen roten Bande zu bewahren. Dass von christlicher Seite ein Angestellter der „Roten Erde“ — allerdings ein frommer Bruder — die Arbeiterinnen mit Schnaps traktiert hat, unter der Bedingung, daß sie die schwarze Elte wählen, wird von dem Stilhaben verschwiegen. Das ganze „Eingesandt“ des Schnupftabes geht im Grunde genommen nur darauf hinaus, alle, die nicht nach christlicher Pflicht lanzen, zu demütigen, eine Kampfweise, die man auch nur im christlichen Lager finden kann. Ihren Zweck werden die christlichen Brüder nicht erreichen. Mögen sie Mittel anwenden, welche sie wollen. Dort, wo wir uns freie Gewerkschaftsbewegung etwas zu erreichen ist, werden wir den christlichen Brüdern überall entgegentreten. Mögen sie in dieser Weise gegen uns zu arbeiten forschen. Die Ernte — das steht fest — ist für uns. Wissen sich übrigens unsre frommen Brüder noch des Spruches zu erinnern:

Der größte Schuh im ganzen Land.

Das ist und bleibt der Denunziant?

Bramse. In der am 9. Dezember abgehaltenen Versammlung der hiesiger Filiale wurde nach einem Vortrage des Kollegen Alwes über: „Die Volksgesundheit und die Kultuarbeit der Gewerkschaftsorganisationen“, zur Wahl der gesamten Ortsverwaltung geschritten. Die Wahl zeitigte folgendes Resultat: Josef Menhau erster, Adolf Ah zweiter Vorsteher; Josef Woda erster, und Heinrich Tegelhäuser zweiter Kassierer; Friedrich Alwes erster und Wilhelm Kuhmann zweiter Schriftführer. Alle die zwei ausscheidenden Revisorin wurden die Kollegen Friedrich Holstein und August Schäfer wiedergewählt. Ferner wurden sieben männliche und zwei weibliche Auskunftsmitglieder, die in den verschiedenen Betrieben beschäftigt sind, gewählt. Als Delegierte zu der Gewerkschaftskommission wurden die Kollegen Josef Menhau und Friedrich Alwes gewählt. Beim Punkt Aufnahme neuer Mitglieder hatten sich 104 Kollegen resp. Kolleginnen zur Aufnahme in den Verband angemeldet. Dieselben wurden mit der Einschränkung in den Verband aufgenommen, daß eventuelllich darunter befindliche Kollegen oder Kolleginnen, die aus dem Verband ausgetreten sind, ohne ihren Verpflichtungen zur Beitragszahlung nachgekommen zu sein oder ausgeschlossen wurden wegen rücksichtiger Beiträge, erst dann sich als aufgenommen betrachten würden, wenn sie ihren statutären Verpflichtungen nachgekommen wären. Unter Verschiedenem wurde unter anderem bekannt gegeben, daß unsre Tannenbaumseiter am 1. Januar 1908 im Sandmannischen Saale stattfindet.

Burgstädt. Eine öffentliche Arbeiter-(Kettnerarbeiter)-Versammlung fand am Sonntag hier in der „Flotte“ statt. Die Versammlung war gut besucht. Genosse Paul Wagner aus Chemnitz sprach über: „Die Lage der Kettnerarbeiter, und welche Pflichten haben dieseben der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber zu erfüllen?“ Die überzeugenden Darlegungen des Redners fanden ungeteilte Zustimmung. Offenkundlich werden sie auch die wünschenswerte Nachahmung finden, umso mehr, als eine augiebige Diskussion das Referat in wohltümlicher Weise unterstützte und jeder die Überzeugung gewonnen haben muß, daß die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaftsorganisation heutzutage für jeden Arbeiter eine unabwählbare Pflicht ist.

Erbach im Odenwald. Der Textilarbeiterverband (Filiale Offenbach) hielt am Sonntag den 26. November hier, Gründung einer Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Genosse Wurm referierte über „Zweck und Nutzen der Organisation“. Redner verstand es, den Anwesenden genau zu schildern, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich zu organisieren. Er legte die Entwicklung der freien Gewerkschaften in klarer und deutlicher Weise dar. Referent kam dann auf die britischen Verhältnisse zu sprechen; er führte aus, daß die Weber und Arbeiter der Tuchfabriken einen Lohn von 1,70 bis 2,40 Mt. (Zurufe der Arbeiter: 1,50, 1,60) pro Tag bei 11½-stündiger Arbeitszeit erhalten. Ferner wie er auf die Kita des Fabrikbesitzers Arzt hin, und im Vergleich dazu auf die „modernen“ Arbeiterwohnungen. Die Arbeiter merkten sofort den Unterschied. In der Diskussion nahm Genosse Hassenzahl das Wort. Er führte aus, wie nötig den Odenwälder Webern bessere Verhältnisse wären. Nur durch die Organisation seien solche zu erreichen. Im weiteren kam er auf die Werkmeister, welche dem Chef alles hinterbrachten, zu sprechen. Sofort verschwieg spürlos Herr Minzemann (Direktor der Arztschen Fabrik) mit seinem Sohne, die sich auch zu dieser Versammlung eingefunden hatten. — Es traten 25 Kollegen dem Verband bei. Die Zahl wird sich in einigen Wochen noch verdoppeln. Sofort wurde eine Filiale gegründet und der Vorstand gewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf die neugegründete Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes (Filiale Erbach i. Odenw.) wurde die Versammlung geschlossen. Wir wünschen ihr die beste Entwicklung.

Erbach im Odenwald. Als am vergangenen Sonntag in Erbach eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegründet wurde, konnte man noch geteilter Meinung sein, ob ein Wachsen der Mitgliederzahl zu erwarten wäre. Die besten Hoffnungen sind aber bereits übertragen; 26 Mitglieder, von Beruf meistens Weber, gehörten sehr schon dem Verband an. Nicht allein die Erfahrung, daß die Weber sich zu einer menschenwürdigen Lebenslage hinzuarbeiten müssen, sondern auch die Zuverlässigkeit der Weberbevölkerung ermunterte die Leute, sich einem Verein anzuschließen, welcher ihre Interessen vertritt. Als die Herren von der Gründung der Zahlstellen Kenntnis erhielten, wurde sagst am Samstag abend ein Fest für die Arbeiter veranstaltet, wo natürlich von Arbeiterwohnsaft und dergleichen hochdrückende Dingen gesprochen wurde. Unter anderem wurde der Textilarbeiterverband als ganz und gar überflüssig geschildert, da die Weber-Millionäre alles von selbst ohne Rückerlangen bewilligen würden. Den Arbeitern soll in Neujahr anstatt der bisherigen 11½ Stunden Arbeitzeit die 10½ Stunden belohnt werden, ebenfalls wurde eine 10 prozentige Lohnzulage verprochen. (Löhne von 12 Mt. für verheiratete Weber sind nichts Selenes, für ledige Arbeitnehmer zuweilen 8 Mt. pro Woche gezahlt). Diese Ladendenkungen forderten die Weber vom Verband abzuhalten, durchzudauen, aber die Erbacher Textilarbeiter und glauben nicht an das, was versprochen wurde, denn 11 Teilnehmern hielten sich neuerdings dem Verband an. Zug wurde der fromme Wunsch laut, daß die Herren noch öfter

solche Festessen zum Wohle des Textilarbeiter-Verbandes veranstalten möchten.

Griedland (Bez. Breslau). Sonnabend den 9. Dezember stand die Generalversammlung der hiesigen Einzelmitgliedschaft statt. Der Bevollmächtigte hielt einen kurzen Vortrag über: „Was müssen wir zur Errichtung der in letzter öffentlichen Versammlung in einer Resolution festgelegten Forderungen tun?“ Er betonte, daß es nötig sei, vorerst vollwertiges und reichhaltiges Material zu sammeln, welches, von einer Kommission geordnet, dann eventuell einzuberufenden Fabrikversammlungen zur Beratung vorgelegt werden könne. Die erste Notwendigkeit sei aber, daß jeder Kollege und jede Kollegin ihre Schuldigkeit tun und keine Gelegenheit unbenuzt vorübergehen lassen, um dem Verband neue Mitglieder, neue Kämpfer zu werben. — In der Diskussion stimmten die Kollegen allgemein den gegebenen Anregungen zu. Bezüglich der nächsten Generalversammlung des Verbandes wurde beschlossen, in nächster Versammlung über einzureichende Anträge zu beraten und Beschluss zu fassen. Außerdem wurde der bisherige Bevollmächtigte Kollege E. Liebig einstimmig wiedergewählt. Zu Revisorin für das erste Halbjahr 1908 wurden die Kollegen Horn, Görke, Karl Voigt und Richard Jäckel gewählt, in die Kontrollkommission 5 männliche und 4 weibliche Kollegen. Ein Antrag, am 8. Januar einen Familienabend zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde festgestellt, daß die Kinder einer Witwe, deren grüherer Sohn vorerst letzte öffentliche Versammlung besucht hat, deshalb aus einem Wohltätigkeitsverein, von welchem sie alljährlich zu Weihnachten etwas erhalten, nichts bekommen. Auch die Donnerstag abgehaltene Versammlung des katholischen Arbeiterskreises Willer Waldenburg wurde gestreift und dabei gewünscht, daß der Herr noch öfter so für uns agieren möge. Nach einer Kritik verschiedener Mitglieder bei den Firmen R. T. Held-Griedland und Frik-Hanke-Höglensau wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Griedland (Kr. Waldenburg). In einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung referierte am Sonnabend den 2. Dezember Gauleiter Kollege Otto Fritsch-Liegnitz über: „Der Wert des einheitlichen Lohnarbeits und der 10½-stündigen Arbeitszeit für schlesische Textilarbeiter.“ Schon lange vor Beginn war das Volksfest auf den leichten Platz gefüllt und viele später erscheinende mussten wieder umziehen. Ein Beweis, daß auch in unserem bisher so stillen Städtchen die Textilarbeiter anfangen, die Schlafmütze vom Kopf zu ziehen, was in Unbetracht der hier herrschenden elbständigen Arbeitszeit und der verschiedenen Lohnberechnungen auch sehr notwendig ist. In ungefähr zwölftündigem Rhythmus führte der Referent den Anwesenden die Vorteile einer auf tariflicher Grundlage ruhenden Lohnberechnung und die Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit vor Augen, oft von Lebhaftem Beifall unterbrochen. Eine Anzahl Kollegen ließen sich sofort aufnehmen.

Glauchau. Im Treibben zu Tischen beabsichtigten die hiesigen christlichen Textilarbeiter. Durch fortwährende Verdächtigungen und Verfeindungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch das hiesige „Tagesblatt“ glaubten sie den Boden vorbereitet auf Mitgliedsverfang auszugehen zu können. Zu diesem Zweck verschoben sie sich ihren Oberhaupten Schiffer-Düsseldorf und arrangierten eine Filialversammlung, zu der auch Gäste wohlbekannt waren. Es mögen so 22 christliche Männer anwesend gewesen sein, meistens Leute, die im letzten Kampf Arbeitwillingen geleistet haben. Hierzu hatten sich eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes als Gäste eingefunden. Der Vorsteher, ein pensionierter Bahnhofbeamter (Wie schreibt doch gleich das Blatt aus der Leipzig-Zeitung! Gaukler, Zigarrenmacher usw. wären uns so ehrfurchtswürdig, aber sonst Leidenschaftlichigkeit der Gästen gegenüber, daß diese unter scharsen Worten des Protestes das Volksfest verläufen. Die hiesigen organisierten Textilarbeiter werden sich halten, den Vorträgen der Christlichen zu folgen. Hier ist kein Platz für sie.

Guben. Wollen die Weber und Weberrinnen die Schuhfuhrt? Dieses Thema war der Gegenstand einer Befreiung, welche die Weber und Weberrinnen von sieben Fabriken in vier Versammlungen abhielten. Es wurde aus die teilgerischen Manipulationen, welche zum Schaden der Weber bei der bisherigen Berechnung nach Stilc oder bei der Meter-Berechnung entstehen, hingewiesen. Die Weber und Weberrinnen der Firma Lehmanns Witwe u. Sohn beschlossen, ihrer Firma eine Resolution zu unterbreiten, in der dieselbe aufgesordert wird, die Schuhfuhrt bis zum 1. Januar 1908 an den Stühlen anzubringen und der Lohnberechnung zu Grunde zu legen. Bei der Firma Schenkel wurden drei Schuhfuhren probeweise an den Stühlen angebracht. Wie verlautet, beschäftigen mehrere Firmen, die Schuhfuhrt nicht alleine einzuführen. Sollten die Firmeninhaber jedoch nur dieses Glück ausgetreut haben, um die Arbeiter jetzt vor der Musterung zu beschwichtigen, und später den Wünschen der Arbeiter keine Rechnung tragen, so haben sich die Arbeiter dieses selbst auszuschreben, da sie durch nur möglichen Besuch der Versammlungen der hiesigen Filiale des Textilarbeiterverbandes unmöglich machen, an alle Firmen die bezüglichen Forderungen zu stellen. Durch die Agitation für die Schuhfuhrt wurden eine Anzahl Mitglieder für den Verband gewonnen, ernsthaft die Textilsfabrikanten zu veranlassen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, können die Arbeiter jedoch nur, wenn sie sich in Massen dem Verbande anschließen. Diese Anregung möchte auch die Kollegen befehligen, die zwar organisiert sind, jedoch sich nicht veranlaßt fühlen, ihre Frauen, die in der Textilindustrie beschäftigt, und welche auch unter den miserablen Arbeitsbedingungen zu leiden haben, zu organisieren und damit zu ihrer eigenen und zur Besserstellung der Gesamtheit beizutragen.

Großkötzschen. Am 19. November hielt die hiesige Filiale ihre erste Versammlung im „Gothaus zur Waldschänke“, dem neuen Vereinslokal, ab. Kollege Joschka fragt an, warum das Volksfest gewechselt worden sei. Hermann Lünke gab nochmals die Gründe bekannt, die diesen Schritt rechtfertigen, worauf die Versammlung sich damit einverstanden erklärte. Beschlössen wurde, die Versammlungen bis Ende März jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 1 Uhr, im „Gothaus zur Waldschänke“ abzuhalten. Die Generalversammlung findet den 17. Dezember pünktlich nachmittags 1 Uhr statt. Als Besitzer zum Unterlagenkomitee wurde einstimmig August Jacobmann gewählt. Vor einer öffentlichen Versammlung wurde dieses Mal abgesehen, möglichst Freihäuser soll jedoch eine solche abgehalten werden. Besondersvorsitzender: Unter den einzelnen Betriebsversammlungen der gedrehten fünf Betriebe, die zu unserer Filiale gehören. In der Teppichfabrik Giebisch sind noch die Nachwirkungen vom letzten Streit zu bemerken, es befindet sich noch eine einzige Arbeiter darin, die während des Streites keine ehrenvolle Haltung eingenommen haben und deshalb jetzt von anderen Kollegien nicht gerade mit Hochachtung behandelt werden. Man kann aber annehmen, daß in nicht allzuferner Zeit dieser Betrieb wieder ganz für die Organisation gewonnen sein wird. In der Teppichfabrik Proben sind alle Arbeiter organisiert, wenngleich mit sehr wenigen Ausnahmen. Die Versammlung für diejenigen Betriebe, welche zur Giebisch'schen Gruppe gehören, wurde gut besucht war. Erster Punkt war die Berichterstattung von den einzelnen Betriebsversammlungen der gedrehten fünf Betriebe, die zu unserer Filiale gehören. In der Teppichfabrik Giebisch sind noch die Nachwirkungen vom letzten Streit zu bemerken, es befindet sich noch eine einzige Arbeiter darin, die während des Streites keine ehrenvolle Haltung eingenommen haben und deshalb jetzt von anderen Kollegien nicht gerade mit Hochachtung behandelt werden. Man kann aber annehmen, daß in nicht allzuferner Zeit dieser Betrieb wieder ganz für die Organisation gewonnen sein wird.

Großschenkendorf. Am 19. November hielt die hiesige Filiale ihrer ersten Versammlung im „Gothaus zur Waldschänke“, dem neuen Vereinslokal, ab. Kollege Joschka fragt an, warum das Volksfest gewechselt worden sei. Hermann Lünke gab nochmals die Gründe bekannt, die diesen Schritt rechtfertigen, worauf die Versammlung sich damit einverstanden erklärte. Beschlössen wurde, die Versammlungen bis Ende März jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags 1 Uhr, im „Gothaus zur Waldschänke“ abzuhalten. Die Generalversammlung findet den 17. Dezember pünktlich nachmittags 1 Uhr statt. Als Besitzer zum Unterlagenkomitee wurde einstimmig August Jacobmann gewählt. Vor einer öffentlichen Versammlung wurde dieses Mal abgesehen, möglichst Freihäuser soll jedoch eine solche abgehalten werden. Besondersvorsitzender: Unter den einzelnen Betriebsversammlungen der gedrehten fünf Betriebe, die zu unserer Filiale gehören. In der Teppichfabrik Giebisch sind noch die Nachwirkungen vom letzten Streit zu bemerken, es befindet sich noch eine einzige Arbeiter darin, die während des Streites keine ehrenvolle Haltung eingenommen haben und deshalb jetzt von anderen Kollegien nicht gerade mit Hochachtung behandelt werden. Man kann aber annehmen, daß in nicht allzuferner Zeit dieser Betrieb wieder ganz für die Organisation gewonnen sein wird. In der Teppichfabrik Proben sind alle Arbeiter organisiert, wenngleich mit sehr wenigen Ausnahmen. Die Versammlung für diejenigen Betriebe, welche zur Giebisch'schen Gruppe gehören, wurde gut besucht war. Erster Punkt war die Berichterstattung von den einzelnen Betriebsversammlungen der gedrehten fünf Betriebe, die zu unserer Filiale gehören. In der Teppichfabrik Giebisch sind noch die Nachwirkungen vom letzten Streit zu bemerken, es befindet sich noch eine einzige Arbeiter darin, die während des Streites keine ehrenvolle Haltung eingenommen haben und deshalb jetzt von anderen Kollegien nicht gerade mit Hochachtung behandelt werden. Man kann aber annehmen, daß in nicht allzuferner Zeit dieser Betrieb wieder ganz für die Organisation gewonnen sein wird.

Stephan wären, würde ich kommen.“ Nun wird es sich zeigen, ob das bloß Ausreden gewesen sind. Darum, Kollegen, der herzt die Worte, dann werden wir nicht nur das Lokal halten, sondern es wird auch zum Außen der Organisation sein! Gründberg I. Sch. Am 26. November tagte im Gallofot zur „Goldenen Traube“ unsere Mitgliederversammlung, die gute besucht war. In den Verband ließen sich zwei Kollegen aufnehmen. Der Vorsitzende, Kollege A. Schönneg, gab den Mitgliedern bekannt, daß der Gastwirt Karl Bau und sein Sohn zu öffentlichen Versammlungen zur Versammlung einzuladen. Es ist nun Pflicht eines jeden organisierten Kollegen, den Gastwirt Karl Bau, Große Bergstraße, zu unterteilen, damit aus das Lokal erhalten bleibt. Das Stiftungsfeier soll im Februar stattfinden. Unter „Verschiedenes“ wurde bedauert, daß der Schuhunternehmer über Mitglied ausgedehnt wird. Das Gewerkschaftsamt soll hierin Wandel zu schaffen suchen.

Gründberg I. Sch. Am Dienstag und Mittwoch, den 28. und 29. November, tagte hier im Volksfest eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung. Gauleiter Fritsch-Liegnitz sprach in einem zweistündigen Vortrag über „Rechte und Pflichten des Arbeiters“. Es hatten sich ca. 300 Personen eingefunden. Kollege Fritsch wies nach, wie wenig Rechte, aber desto mehr Pflichten der Arbeiter habe. In der Pause nach dem Vortrage wurde noch die Aufnahme von Mitgliedern beworben. In der Oststadt wurde Gustav Heinz ausgewählt. Ein Kollege teilte das Wollen der Arbeiter mit. Ein Kollege teilte das Wollen des Arbeiters B. in der englischen Wollwarenfabrik gegenüber der Organisation. Im Schuhfuhrt sprach Kollege Fritsch keine Freude darüber aus, daß es auch in Gründberg vorwärts geht. Es hatten sich in den zwei Versammlungen 90 Kollegen zum Verbande gemeldet. Mit einem Hoch auf das Blühen und Gedanken der hiesigen Textilarbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Großschenkendorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntag den 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Vereinslokal eine außergewöhnliche Versammlung stattfindet. Da wichtige Versammlungen erfolgen werden, ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Der Vorstand.

Niel. Der neu gewählte Vorstand der Filiale Niel setzt sich aus folgenden Personen zusammen: 1. Vorsteher Gust. Dahl, 2. Vorsteher Emil Duba, Schriftführer Bernhard Houts, Kasse- und Rentenfestsunterstützung bei Gustav Dahl, Kronshagen bei Niel, Kartelldelegierter ist Adolf Krentler, Verbrauernsmann der Posamentierer: Adolf Krentler, Revisor: Welschke, Krentler und Adolf Ditschamp.

Bamberg. Am 3. Dezember hielt die hiesige Filiale ihre Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war, besonders auch von Kolleginnen. Nach dem Geschäftsbericht wurde zur Neuwahl des Vorstandes gewählt, aus welcher hervorgingen: Als Vorsteher Heinrich Lieber II., Kassierer Heinrich Bimmel, Schriftführer Friedrich Stalzer, Beisitzer Ludwig Nickel und Ludwig Gläser, Revisor Peter Gutsch, Karl Mayer und August Chrämer. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt: Daniel Winkel, Joseph Strauch, Franz Jäger, Jakob Strauch und Karl Billius. Über „Stellungnahme zur Gaukonferenz“ entstand eine lebhafte Debatte. Man kam zu dem Beschluss, daß unter Bau in zwei Teile geteilt werden soll, denn es kommen 170.000 Textilarbeiter in Bamberg. Dem Delegierten wurde angekündigt, für diesen Antrag bei der Gaukonferenz einzutreten. Als Delegierte sind vorgeschlagen: G. Bimmel, H. Lieber, Friedrich Jost. Zur Gaukonferenz wurde folgender Antrag gestellt: „Die Gaukonferenz möge folgenden Antrag zur Generalversammlung stellen: Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Auszahlung der Metallarbeiterung anders geregelt wird. Jedein Metallarbeiter soll, ob er führt oder läuft, jeden Arbeitstag bezahlt werden wie bisher, damit die Unannehmlichkeiten, die der Kassierer mit den Metallarbeiten jetzt hat, möglichst vermieden werden. Auch erhält die Versammlung in dem bisherigen Auszahlungsmodus eine Ungerechtigkeit, indem die fahrenden Kollegen zu Fuß fahrenden Kollegen gegenüber im Nachteil sind.“ Im weiteren wurde noch über die Einführung der Arbeitssatzung debattiert. Infolge vorgesetzter Zeit konnte dieser Punkt aber keine Erledigung finden.

Plauen II. Eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Gemeintvorstande des Vereins der Schiffchensteiner und der Filiale II des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand am Sonntag den 25. November statt. Dieser Schiffchensteinerverein ist eine Volksorganisation, welche, da die Städter nur im Vogtlande vorherrschen ist, es sich zur Pflicht gemacht hatte, die Städte des Vogtlandes unter einen Hut zu bringen. Doch sind diese Kollegen, nachdem es uns bei der diesjährigen Lohnbewegung öfter vorgehalten wurde, daß ja wir Arbeiter unter uns selber noch nicht einig seien und zwei Korporationen bilden, zu der Nebenzeitung gekommen, daß nur eine straffe, freie gewerkschaftliche Zentralorganisation in der Vogt ist, gegen die Praktiken des Kapitals anzukämpfen. Diese Sitzung, welche von den Zentralorganisierten angekündigt war, um die bis jetzt bestehende Kluft zwischen beiden Organisationen zu überbrücken, gestaltete sich verständlich eine längere Debatte, und es fand zum Schluß folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Kollegen vom Verein der Schiffchensteiner erklären, daß sie gemeinsame Interessen mit den zentralorganisierten Städtern haben und daß diese nur in einer geschlossenen Organisation vorgetragen werden können. Die Kollegen vom Verein der Schiffchensteiner erkennen weiter an, daß als Zentralorganisation für alle in der Textil-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Deutsche Textilarbeiterverband, also auch für die in der Städterbranche tätigen Kollegen und Kolleginnen, maßgebend ist.“

Steinau-Rummelsburg. Ein recht interessantes Bild lieferte unsre am 18. November abgehaltene Mitgliederversammlung, welche gut besucht war. Erster Punkt war die Berichterstattung von den einzelnen Betriebsversammlungen der gedrehten fünf Betriebe, die zu unserer Filiale gehören. In der Teppichfabrik Giebisch sind noch die Nachwirkungen vom letzten Streit zu bemerken, es befindet sich noch eine einzige Arbeiter darin, die während des Streites keine ehrenvolle Haltung eingenommen haben und deshalb jetzt von anderen Kollegien nicht gerade mit Hochachtung behandelt werden. Man kann aber annehmen, daß in nicht allzuferner Zeit dieser Betrieb wieder ganz für die Organisation gewonnen sein wird. In der Teppichfabrik Proben sind alle Arbeiter organisiert, wenngleich mit sehr wenigen Ausnahmen. Die Versammlung für diejenigen Betriebe, welche zur Giebisch'schen Gruppe gehören, wurde gut besucht war. Erster Punkt war die Berichterstattung von den einzelnen Betriebsversammlungen der gedrehten fünf Betriebe, die zu unserer Filiale gehören. In der Teppichfabrik Giebisch sind noch die Nachwirkungen vom letzten Streit zu bemerken, es befindet sich noch eine einzige Arbeiter darin, die während des Streites keine ehrenvolle Haltung eingenommen haben und deshalb jetzt von anderen Kollegien nicht gerade mit Hochachtung behandelt werden. Man kann aber annehmen, daß in nicht allzuferner Zeit dieser Betrieb wieder ganz für die Organisation gewonnen sein wird.